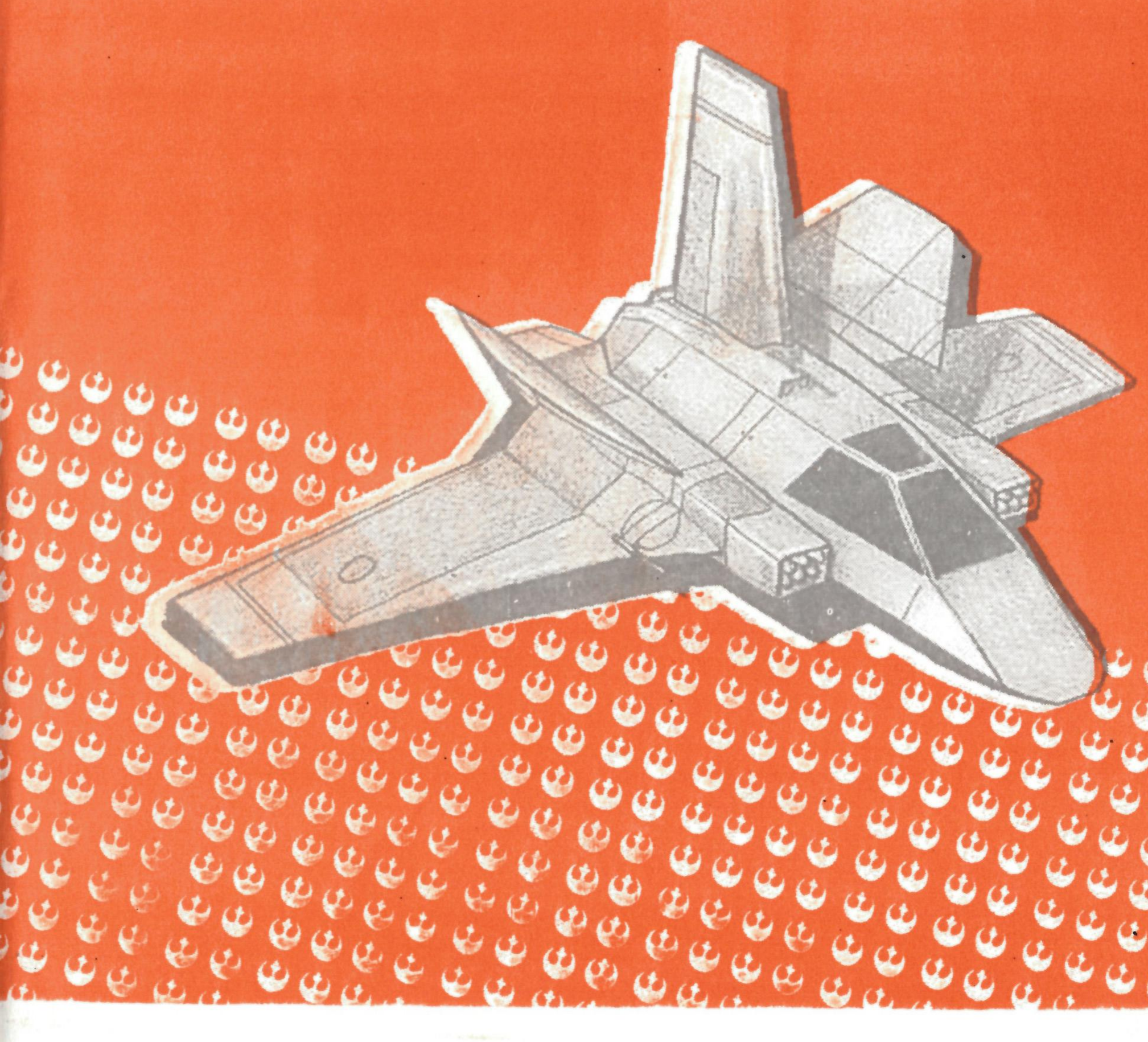
ALHAMBRA

BORDZEITUNG & FLUGPLAN Oktober 3004



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

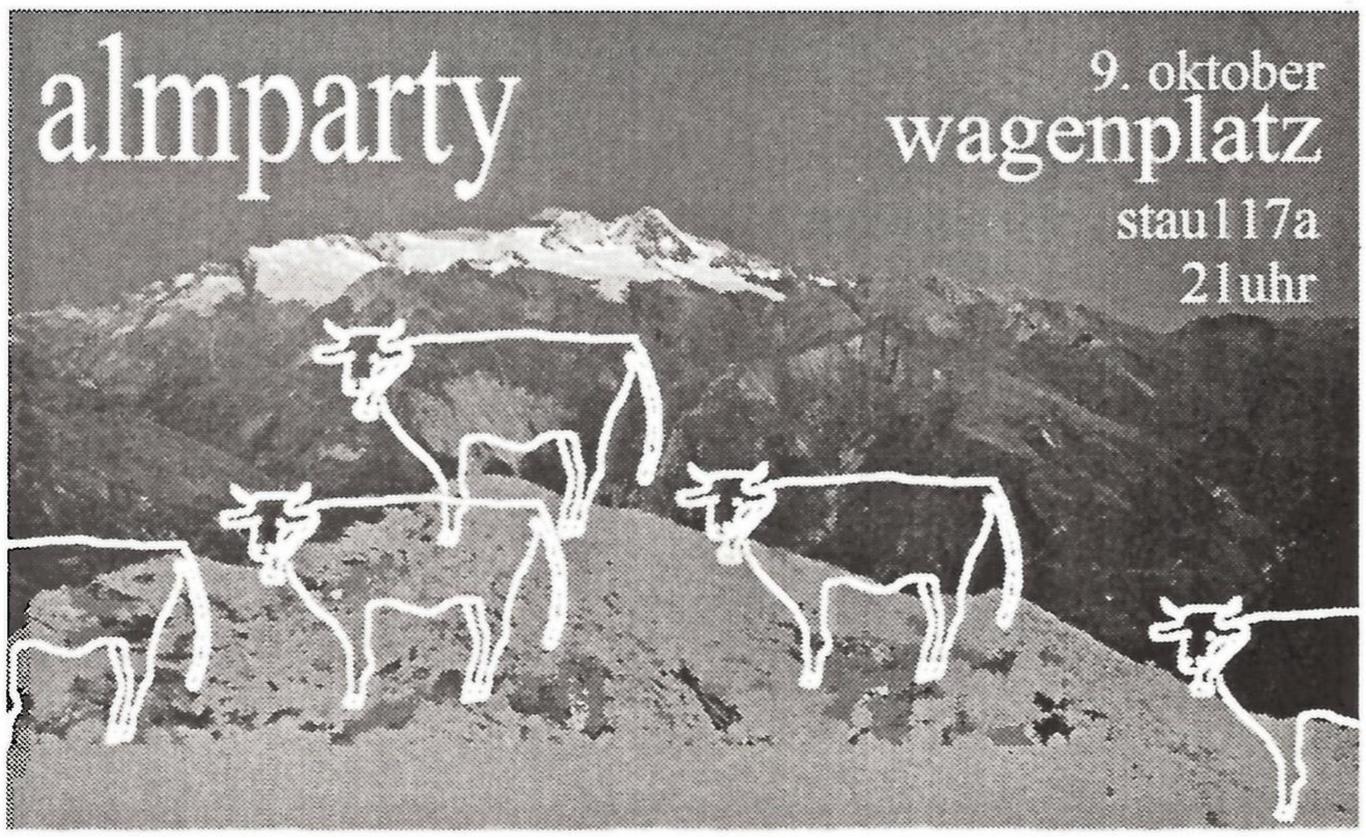
Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Ab-

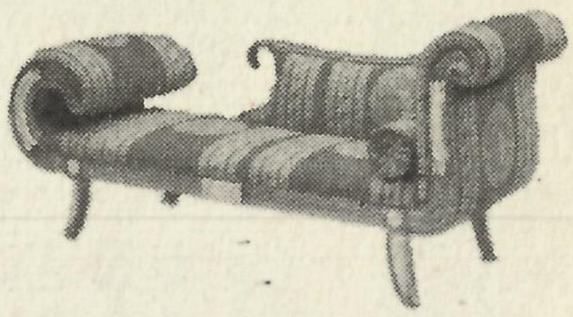
Oktober

Inhalt:

Aktionsflyer
Commando Canapee 03
Aktionsbericht
Krieg macht Spaß 04
Stellungnahme und Chronologie
Räumung Wendebecken 05
Technik und Strafverfolgung
safer journalism 10
Auswertung der Ergebnisse
Lantagswahlen Brandenburg und Sachsen 12
Frauen und Popkultur
Was ist rot, rund und beißt? 14
Demo-Aufruf Nürnberg
Das Ende der Bescheidemheit 16
Perspektiven von Aneignung
Die Welt ist keine Ware, aber wem gehört sie? 19
Entschädigung von Zwangsarbeitern
Nachgerechnet 22
Nazis und CD´s
Aufgepasst und zugefasst 29
Lesung vonGloria Muñoz Ramirez
Man muss viel lachen um die Welt zu verändern 30
Literaturseite
Katzen Starschnitt 31



COMMANDO CANAPEE



Sind sie gestresst? War der Einkauf wieder zuviel?
Machen die Kinder sie verrückt?
Setzen sie sich doch einen Augenblick, lehnen sie sich zurück,
alles wird gut!

Selbsternannte „GestalterInnen" der Stadt wie das „City Management Oldenburg" fordern in ihrer eingeschränkten Denkweise man solle die Innenstadt in ein riesiges Einkaufs-center verwandeln. Anscheinend geht es nur darum, in der Innenstadt „Produkte" zu erwerben oder „Dienstleistungen" zu konsumieren. Für immer mehr Menschen mit wenig Geld wird die Innenstadt ein Ort an dem sie nichts zu suchen bzw. zu kaufen haben. Noch heftiger trifft es Leute, wie Obdachlose oder Junkies, die gezielt vertrieben werden. Die Stadtverwaltung schafft ein konsumentInnen-, touristInnen- und investorInnenfreundliches Klima indem sie die Menschen die nicht in das entsprechende Stadtbild passen mit Platzverweisen und Aufenthaltsverboten entfernt.
Die Stadt muß allen gehören! JedeR sollte sich dort aufhalten können der/die Lust dazu hat. Mensch sollte in der Stadt leben und Spaß haben können, ohne laufend dafür Geld bezahlen zu müssen.

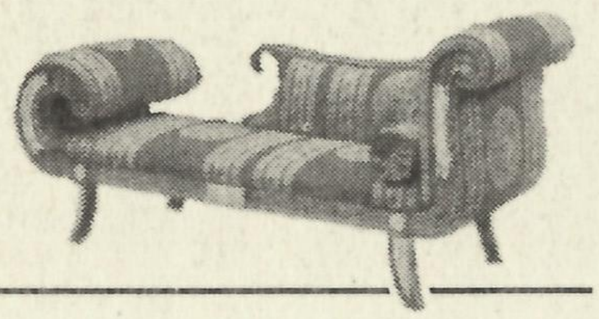
Deshalb gibt es seit heute mehr Möglichkeiten für ein sozial und kulturell sich entwickelndes Oldenburg. Ein angenehmes Oldenburg braucht eine entsprechende Infrastruktur. Sitzgelegenheiten in Form von Sofas ermöglichen entspannte Kommunikation, wo bisher gehetzte Kaufwut herrschte.

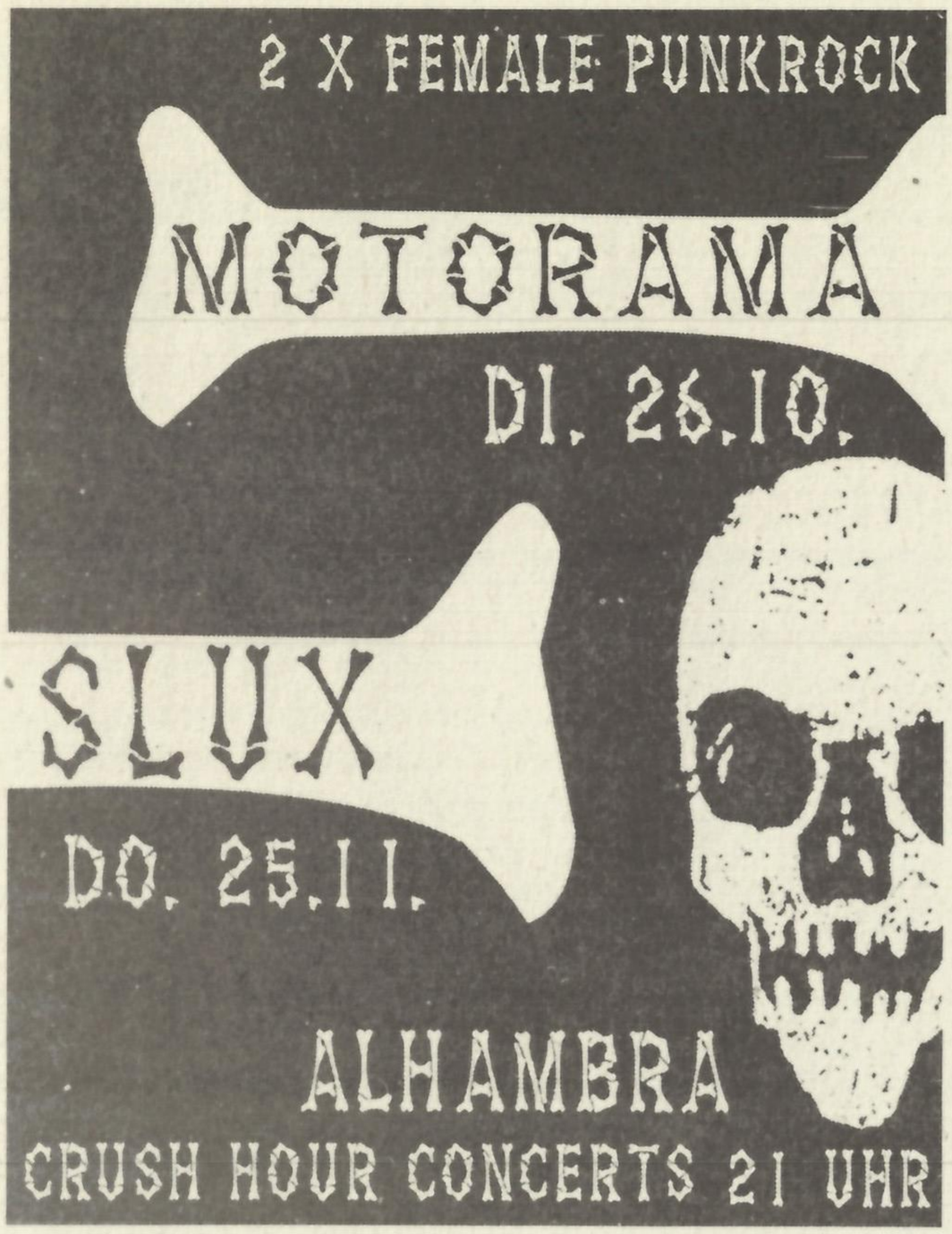
Und geht es wieder?

"COMMANDO CANAPEE"

An einem regnerischen Samstagmittag bewegten sich unzählige Menschen mit schwerem Gerät in die Oldenburger Innenstadt. Ziel der Komandoaktion war die endgültige Abrechnung mit dem System.
Dank der spontanen Beteiligung von Zivilisten konnten einige Posten ihre Stellung mehrere Tage lang halten.

Alles wird gut!





Krieg macht Spaß!!

Das Krieg auch schön sein kann, versuchten uns die lokalen Bundeswehr einheiten am Samstag den 4.9.04 zu beweisen.

An diesem Tag feierten Stadt Oldenburg und Bundeswehr 20 Jahre Zusammenarbeit.

Ein Grund zum Jubeln, denn mit der Ausstellung des Patriot Waffensystems und angegliedertem Kinderfest auf dem Schloßplatz gab es endlich mal einen Grund Krieg so richtig spannend zu finden.

Kind konnte zwischen Panzer und Hüpfburg zwischen Rekrutierungstruck und Schminkstand lernen, wie schön es wäre in den Krieg zu ziehen.

Auch für Eltern und andere Erwachsene wurde gesorgt, zwischen Marschmusik im Festzelt und Bierstand in der Platzmitte suchten jede Menge SoldatInnen den Feindkontakt, um zu beweisen, was für nette und offene Menschen die von der Armee nicht sind. Gesäumt wurde das ganze von ein paar Ständen, die dazu aufriefen Reservist zu werden oder Quarkschnittchen zu kaufen.

Alles im allem also ein idylisches Bild, unter strahlendem Sonnenschein.

Soviel Harmonie schrie förmlich

nach Unterstützung und so formierte sich gegen ein Uhr eine spontane Jubelparade, die ihre Begeisterung zum Ausdruck bringen wollte.

Unter der Parole "Krieg ist toll„ liefen etwa 10 Fans der Bundes-wehr kreuz und quer über den Platz.

Mit Schildern wie „Mord ist mein Hobby", „Mehr Auslands einsätze" und „Krieg macht Spaß" ausgestattet, machte sie die festliche Stimmung durch einen Konfettiregen perfekt.

Bei soviel Freude hatten sich Einzelne nicht mehr unter Kontrolle, was dazu führte, dass ein Zivilbeamter der Oldenburger Polizei, sich, statt von den Panzern, von einer Kamera bedroht fühlte. Er versuchte diese samt Träger gewaltsam aus dem Weg zuräumen, was ihm auch mehr oder minder gelang und einen Totalschaden an der Kamera, sowie leichte Verletzungen zu Folge hatte.

Von allem bekam eigentlich fast niemand etwas mit, denn beruhigender weise verbrachten die meißten OldenburgerInnen ihren Samstag lieber mit erfreulichen Dingen und nicht damit den Krieg zu bejubeln.

wendebecken geräumt

in hamburg haben politik und polizei eine weiteres mal ein projekt plattgemacht das nicht ihrer vorstellung von einer gepflegten stadt entspricht. der wagenplatz am wendebecken wurde geräumt.

hier eine erklärung der bewohnerInnen

Am Mittwoch, den 8.09.04 um 7.00 Uhr wurde die wunderschöne Betonfläche alias Wagenplatz Wendebecken mit einem übermäßigem Polizeiaufgebot geräumt. Dem zuvor lag eine Woche Besetzung der bis zum Vertragsende am 31.08. gemieteten Fläche und dem angrenzenden Nebengrundstück, das wir nach Einzug zum Sozialen Zentrum Barmbek erklärten. Menschen kamen vorbei und bauten Hütten oder Befestigungswälle, brachten uns Essen und andere nützliche Dinge wie Licht, Batterien, Radios, Kuchen usw.
Die Nachbarschaft zeigte sich solidarisch.
Bei der Räumung boten wir auf: 6 Personen mit den Armen in Betonfässern, 2 Tripods (dreibeinige Stangen in sechs und acht Meter Höhe, in deren Spitze jeweils eine Person saß), einen Turm, auf dem sich drei Personen mit den Armen in Rohren festgekettet hatten, am Eingangstor weitere zwei festbetonierte Personen, eine Person saß in 15 m Höhe auf einer Plattform im Baum, UnterstützerInnen zudem rings um das Gelände, verschiedene Befestigungen.
Polizei und BGS waren auf derartiges nicht vorbereitet und mussten erst das nötige Werkzeug anfordern. Sie erweckten nicht gerade den Eindruck von Kompetenz, als sie anfingen uns zu bearbeiten. Auch die Sanitäter der Feuerwehr wirkten sehr lahm.
Als die Polizei anfing, ohne Absicherung an den Beinen des höheren Tripods zu sägen und die oben sitzende Person hin- und herschwankte, brach unter uns Panik aus, nach ca. zehn Minuten Herumgehschreie und dem Hinweis an die Sanitäter auf deren Eid, Menschenleben zu retten, setzten sich zwei von zehn Sanitätern langsam in Bewegung. Unsere Anwälte durften die ganze Zeit nicht aufs Gelände, Unterstützungspersonen, die bei den verschiedenen Stationen standen, wurden zum Teil gewaltsam vom Gelände gebracht. Die ersten zwei Tonnen wurden vor Ort aufgebrochen, die anderen vier Tonnen wurden einzeln mit Seilen an der Schaufel eines Frontladers befestigt und mit den darin festgeketteten Menschen angehoben, auf das nebenliegende Gelände der Hamburger Staatsoper gebracht und dort weiterbearbeitet. Zahlreiches Werkzeug ging zu Bruch. Die Befestigung der zwei Menschen am Tor wurde relativ schnell aufgebohrt, sie wurden vorläufig festgenommen. Der vier Meter hohe instabile Turm wurde von der mittlerweile eingetroffenen Hebebühne zunächst zwei mal gerammt. Die dort befestigten Personen wurden ebenfalls samt Metallrohr mit Zement am Arm festgenommen.
Es wurde versucht, die Person im Baum an der offenen Jacke über zwei Armlängen hinweg von der Plattform auf die Hebebühne zu ziehen, woraufhin sie weiter nach unten kletterte. Ein Polizist versuchte sie dabei an der Schulter festzuhalten. Beim Herunterfahren brach die Hebebühne den Ast ab, auf dem die Person stand. In immer noch sehr großer Höhe konnte sich die Person lediglich mit dem linken Arm (als Rechtshänder) an einem anderen Ast festhalten.
All dies zeigt deutlich das unverantwortliche Handeln der Polizei. Insgesamt brauchten 1400 Polizisten acht Stunden um das Wendebecken zu räumen. Dies sehen wir als einen Erfolg.

Am 18.08 wurde uns eine Allgemeinverfügung überreicht, in der die Sicherstellung der Wagen, die sich nach Auslaufen des Vertrages am 31.08. um 18:00 noch auf dem Gelände befanden, angeordnet wurde.
Das Leben im Wagen stellt in Hamburg scheinbar eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar, da sich die Allgemeinverfügung sowohl auf das "Wohnwagengesetz" als auch auf das "Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung"(SOG) beruft. Das Wohnwagengesetz verbietet dauerhaftes Wohnen im Wagen, "Substandartwohnen darf nicht gefördert werden". Lediglich zur Vermittlung in Wohnungen wird das übergangsweise Wohnen im Wagen auf dafür vorgesehenen Plätzen geduldet.

Alternative und soziale Projekte haben in dieser Stadt keinen Platz. Trotz der weiteren Duldung des Wagenplatzes Henriette, der Vertragsverlängerung Gaußstrasse, Rondenbarg sehen wir eine Fortsetzung der Schill- Linie in der derzeitigen Senatspolitik. Nach wie vor sollen alle hh-Wagenplätze bis 2006 geräumt sein.
. Die WB- Bewohner/innen forderten ein Ersatzgelände, und als ein privater Investor auftauchte, wurde ein Umzug von Seiten des Senats und dem Bausenator Freitag abgelehnt mit dem Verweis, dass es keine neuen Wagenplätze geben wird. Freitags Aussage am Wb- Räumungstag gegenüber Wagenplätzen sei immer faire Politik betrieben worden ist eine reine Verarschung. Sein großzügiges Angebot uns in Wohnungen oder auf andere Wagenplätze zu vermitteln ist eine offensichtliche Befriedigungstaktik für die mediale Öffentlichkeit. Dafür benötigen wir keinen Papa Freitag, wir wollen keine Wohnungen und die verbliebenen Plätze sind bereits voll.
Der Zeitpunkt der Verhandlungen ist vorbei, wir nehmen uns, was wir brauchen. Mit List und Tücke in die Baulücke.

Wir fordern nicht nur Ersatzgelände für die geräumten Plätze Schützenstr, Parciusweg, Bambule, Wendebecken, sondern auch eine dauerhafte Bestandsgarantie aller in HH bestehender Wagenplätze plus die Zurücknahme der Räumungslinie des HH-Senats plus die Ermöglichung, jederzeit und allerorts Wagenplätze einzurichten!
Keine Stadt besitzt keine Brachfläche!
Her mit den Betonplatten.

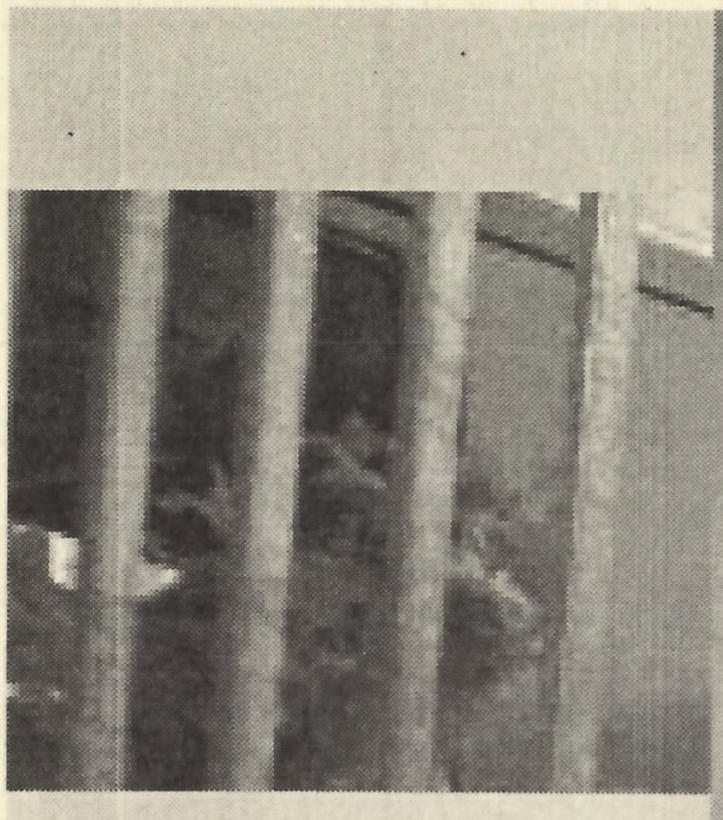
Bis bald, WB
HH, 12.09.04

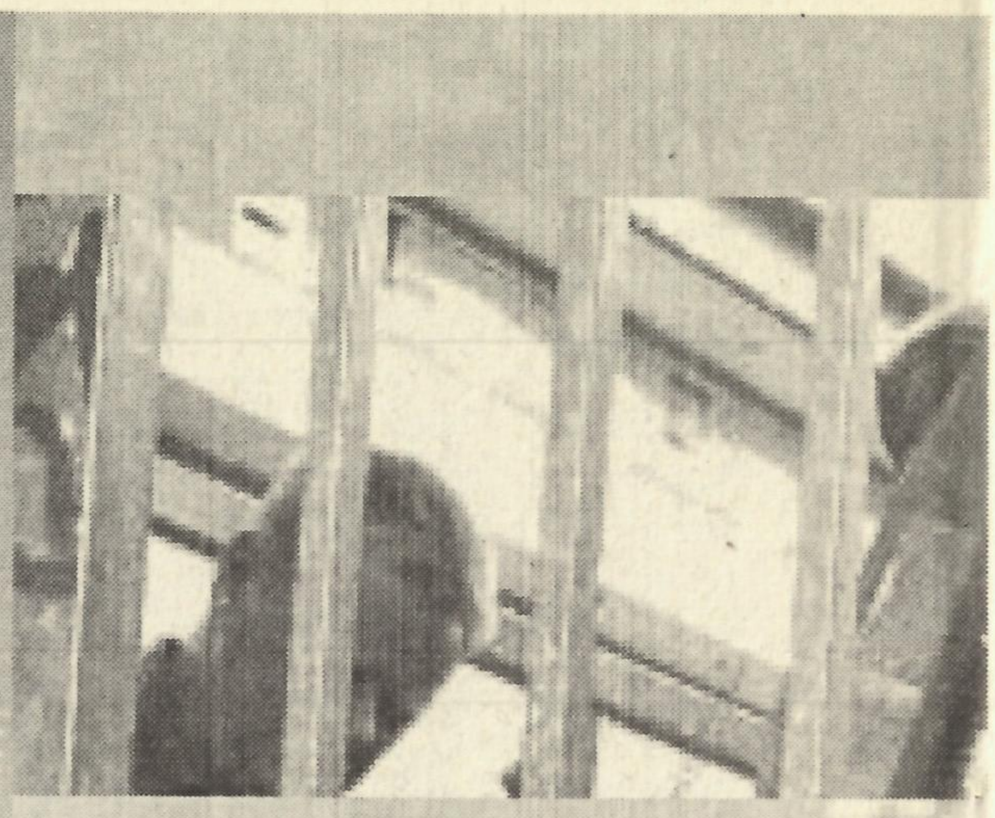
wendebecken geräumt

eine chronologie der ereignisse vom 8. september 04

4:45 - BGS Mannschaften beginnen sich in Alsterdorf an der Polizeiwache zu sammeln
6:00 - Alarmkette wird ausgelöst, nachdem sich an verschiedenen Stellen im Bezirk HH-Nord starke Polizeibewegungen ausmachen liessen, welche als Sammeln identifiziert wurden. Anwesende Medien werden auf den Platz gelassen. Grosse Mengen Cops bei Habichtstr (inkl. Räumpanzern) und Borgweg. Viel Ein- und Ausgang in Alsterdorf, viel Zivis vor der Wache, offensichtliche Koordinierung von Kleingruppen im verdunkelten Hof.
6:45 - Viele Wannen verlassen Alsterdorf, ab sofort viel Hubschrauberverkehr.
6:50 - Cops vorm WB-Tor!
6:55 - WB durch immenses Aufgebot weiträumig abgesperrt und gekesselt, u.a. bis Hellbrookstr. Noch nicht aufs WB eingedrungen.
7:00 - WB-BewohnerInnen beschreiben live ihre Bonbons für die Polizeiräumung im Radio. Geboten werden zur maximalen Herauszögerung der Räumung: U.A. ist das einzige Zufahrtstor zugeschweisst und -betoniert, ein 8m hohes Stahlgerüstdreibein mit oben angekettetem Mensch steht in der wichtigsten Durchfahrtsstelle, desweiteren quergestellte immobil gemachte Bauwagen, sowie mit Beton gefüllte Fässer mit eingebauten Rohren, in welchen sich sechs BewohnerInnen mit ihren Armen ebenfalls unlösbar angekettet haben. Viele anderweitig angekettete Personen auf WB.
7:05 - Polizeiliche Räumungsaufforderung für die Kreuzung Langenfort/ Steilshoper Str.
7:10 - Polizei dringt mit leitern auf das Gelände.
7:15 - Polizei ist auf das zusätzlich zum alten Wohngrundstück seit einer Woche besetzten Nachbarteilstück des WB eingedrungen, dem sogenannten Sozialen Zentrum Barmbek.; Kurze, laute WB-Unterstützungsdemonstration am Pferdemarkt in Richtung Feldstrasse.

7:25 - Polizei beginnt anbetonierte Leute am Tor mit Presslufthammer loszueisen. Bislang vergeblich.
7:35 - BezirksvertreterInnen nehmen WB in Augenschein und besprayen Bauwagen mit Zahlen für Abräumreihenfolge.
7:40 - Fahrraddemo mit 20 Leuten in Fuhlsbüttler Strasse hält Rushhour auf. DemonstrantInnen fordern alle UnterstützerInnen auf nach Barmbek zu kommen und in organisierten Kleingruppen aktiv zu werden. Demo löst sich bei Eintreffen der Polizei wieder auf. Stau.
7:55 - Polizei kriegt Durchfahrtstor nicht geknackt, zwei Leute sind dort angekettet. Auf dem Gelände bislang keine Festnahmen, niemand wurde abgeführt. Ingewahrsamnahmen in der Fuhlsbüttler Strasse bei Blockadeaktionen und in der direkten WB-Nachbarschaft, teilweise sehr rabiat. Die meisten Einsatzkräfte, welche bislang auf dem Gelände waren, haben dieses wieder verlassen. Ein BGS-Panzer verschafft sich Zugang zum Theatergelände nebenan.
8:00 - Sechs Elektriker der HEW zerstören WB-Elektrizität. Laut Polizei sind ausser befestigten BewohnerInnen etwa 15 BewohnerInnen ohne Befestigung auf dem Gelände.
8:10 - Situation bei angeketteten und festzementierten BewohnerInnen weitgehend entspannt, ruhig und locker. Keine gewaltsamen Polizeiübergriffe bislang. Polizei popelt bisschen an einer Betontonne herum, ist jedoch überfc·dert. Polizei zog mit Seil am ultrahohen Riesenräumungsverzögerungsturm und gefährdete damit angekettete BesetzerInnen oben.





8:20 - AnwältInnen und SanitäterInnen werden von Polizei nicht aufs WB gelassen, ebensowenig wie die Polizei-Kontaktperson des WBs. Viele Medien sind auf dem Gelände und filmen die Einsatzkräfte bei ihrer erfolglosen Entfesselungsarbeit. Zwei unangekettete Leute werden abgeführt. Rettungswagen und Notarztwagen fahren vor, offenbar bislang ohne konkreten Anlass.

8:25 - Kontakt zwischen AnwältInnen, BewohnerInnen und Polizei läuft schlecht, wird unterbunden. Auch in Bäumen sind angekettete Leute. BewohnerInnen können gut kommunizieren. Schwarze Riotcops ohne Nummern und Namen verletzten eine festbetonierte Person.

8:30 - BewohnerInnen schätzen die Werkzeuge (Meisel und Flex) und Arbeitsmethoden der Polizei so ein, dass bei stetiger Fortsetzung des bisherigen Räumungstempos, es noch Jahre dauern dürfte, bis der Einsatz erledigt ist. Räumlicher Aufbau in der Ein-/ Ausfahrt: Tor, Schräge, Leute an Fässern, unbeweglicher Bauwagen quer, Person auf Tripod.

8:35 - Brennende Altpapiercontainer im Großraum Barmbek. Das WB-Tor ist offen, die zwei Menschen, die dort angekettet waren, sind losgelöst und wurden abtransportiert.

9:00 - Alle UnterstützerInnen wurden mittlerweile vom Platz gebracht, AnwältInnen werden weiterhin nicht auf den Platz gelassen. Heute Abend Demonstration 20h00 Rote Flora!

9:15 - Die Polizei versucht die Stahlbeine der Tripods abzusägen, die sich dort befindlichen Menschen werden damit in Gefahr gebracht aus 8m Höhe auf den Asphalt zu fallen. Jegliche Presse und somit die einzigen ZeugInnen werden von den Tripods weggetrieben - Pressekommunikation wird verweigert.

9:30 - Der erste Tripod wurde unter Spott und Gelächter der PolizistInnen über die Todesangst der schreienden oben sitzenden Person Stück für Stück von unten nach oben zersägt, die AktivistIn wurde medizinisch untersucht und in einen Gefangenentransporter gebracht. Die

Presse wurde währenddessen hinter einen Wagen abgedrängt. Gewalttätige Rangeleien zwischen MedienvertreterInnen und Polizei. Unterdessen wird das erste Betonfass zersägt und die angekettete Person nach einer Stunde Flexfunkenflug abtransportiert. Zweites Fass bereits in Arbeit.

9:35 - Das tonnenschwere dritte Betonfass wird unter dem quergestellten Bauwagen in der Einfahrt in einer waghalsigen und für die Angeketteten äusserst gefährlichen Aktion hervorgezerrt. Strassenblockaden in Barmbek.

9:55 - 10m vor dem Tor stehen etwa 20 UnterstützerInnen. Ansonsten alles voller Polizei bis mindestens Steilshoper Strasse, fast jede Kreuzung in Barmbek belagert, viele Persokontrollen und Platzverweise, speziell bei U-/ S-Bahnhof Barmbek. BewohnerInnen komplett isoliert.

10:00 - Presse wird von Ereignissen komplett entfernt. Radlader/ Bagger fahren auf den Platz, es werden keine Informationen gegeben. Polizei unter Zeitdruck. Polizei will Fässer aus dem Weg räumen und woanders aufsäbeln, da es vor Ort zu lange dauert. Im Zement eingebacken sind Schrottteile, Gummi u.Ä. um das Sägen/ Flexen zu erschweren.

10:15 - Personen werden dazu gezwungen mit verdrehtem, einbetonierten Arm neben dem Schaufelbagger herzulaufen. Verletzungsrisiko äusserst hoch. Erste Person oben auf Strasse angekommen. Drei noch unten. Noch einige Leute auf dem Turm und sonstwo befestigt. Nichts mehr über Befindlichkeiten bekannt.

10:30 - Spontandemo Feldstrasse.

11:12 - alle Tonnen sind vom Platz, werden auf Nebengelände weiter bearbeitet +++ ein Kran ist auf den Platz gefahren +++ noch 3 Personen im Turm und min. 1 Person in einem Baum

11:30 - laute Demo (50 Personen) bei Demo ab Feldstr.

11:56 - Der Kran ist abgezogen ++ Bislang 28 Ingewahrsamnahmen, 3 Festnahmen

12:20 - Demo an S-Sternschanze zu Ende, weiter geht es im Moment auf der Mönckebergstraße (City)

12:38 - Die Demo in der Mönkebergstrasse wurde aufgelöst

12:20 - Eine Person, die an einer Tonne festgekettet war, ist mit leichter Armverletzung im Krankenhaus behandelt worden und um ca. 12:20 in die Freiheit entlassen worden.

12:34 - Die Polizei beginnt, den ersten Wagen vom Platz zu schleppen

13:00 - Spontandemo ab Gänsemarkt

13:00 - Der Infopunkt Ecke Fuhlsbüttler Str. wurde aufgelöst.

14:33 - Polizeieinsatz am Wendebecken fast zu Ende - nur eine Person muß von noch von der Tonne befreit werden - Abschleppunternehmen, Stadtreinigung und Bauarbeiter können anrücken

14:50 - letzte Aktivistin aus Betontonne befreit +++ die restlichen Bauwagen werden abtransportiert, bzw. durch das Bezirksamt beschlagnahmt

21:15 - Spontandemo 20 Uhr ab Rote Flora ist um 21h mit 1000-1500 Leuten losgegangen

22:30 - Die Demo ist mit 1500 Leuten im Schanzenviertel ohne grössere Zwischenfälle beendet worden

Safer Journalism

In den letzten Jahren sind wir Rechtshilfegruppen vermehrt mit neuen Beweiserhebungsmethoden der Strafverfolgungsorgane konfrontiert worden. Dieses neue Feld hat sich durch die neuen Techniken und der vermehrten Nutzung des Internets linker Zusammenhänge eröffnet.

Die einstmals als technikfeindlich verschrieene Linke nutzt vermehrt die durch Internet und technische Hilfsmittel bereitgestellte Möglichkeit zur unabhängigen Berichterstattung.

So kann häufig der Einsatz von Digitalkameras auf Demonstrationen durch deren TeilnehmerInnen beobachtet werden. Einschlägige Internet-Seiten wie zum Beispiel Indymedia Deutschland, der wohl bestbesuchtesten deutschsprachigen Seite dieser Art, bieten durch die vereinfachte Publiziermöglichkeit eine Informationsverbreitung, die mit klassischen Mitteln nicht realisierbar wäre. Leider haben sich hierdurch einige Risiken ergeben, über die wir zum Schutz linker Strukturen und Einzelpersonen eine Diskussionen anregen wollen.

Die Vorteile der Publikationen im Internet liegen auf der Hand: innerhalb kurzer Zeit nach Ende einer Veranstaltung, wie beispielsweise Demonstrationen oder Kundgebungen, können Informationen über das Netz veröffentlicht werden. Dabei kann eine Aktion von der Gruppe beschrieben werden, die sie organisierte und trotzdem - unter Wahrung bestimmten technischer Vorsichtsmaßnahmen - ihre Anonymität bewahren (nachzulesen z.B. im Rechtshilfe-Handbuch "Durch die Wüste", Kapitel Computerunsicherheit, http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,56,7.html). Aber auch z.B. bei großen Gipfelprotesten kann noch während der Proteste durch eine Berichterstattung von der Straße durch eindrucksvolles Bildmaterial eine Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. Dazu ist der Zugang einfach, fast umsonst und nicht nur in den westlichen Industrienationen ohne großen Aufwand für fast Jede und Jeden erreichbar.

Dass Information per Internet schnell verbreitet werden können, ist auch für öffentliche Mobilisierung vorteilhaft, insbesondere für kurzfristige. Nachteilig ist, dass die Informationen auch der Polizei zugänglich sind und sie dadurch aktionserschwerende Massnahmen einleiten können. Dies gilt nicht nur für das Internet, sondern für alle Medien über die eine Live-Berichterstattung, wie z.B. Radio, machbar ist.

Neu ist die Möglichkeit, dass zu Aktionen nicht mehr nur schriftliche Erklärungen verbreitet werden, sondern auch ein eindrucksvolles Bild oder ein Videoschnippsel mit geringen Aufwand veröffentlicht werden kann. Diese Dokumentation wird zumeist von in linken Zusammenhängen eingebundenen FotografInnen und ReporterInnen oder bereits bestehenden Mediengruppen übernommen. Um eine zeitnahe Präsentation erreichen zu können, arbeiten diese Personen/Gruppen relativ eigenständig und selten erfolgt eine Sichtung der Aufnahmen durch die AkteurInnen selbst. Bei den meisten Internetseiten, die die Möglichkeit bieten, eigenständig Materialien zu publizieren, entfällt die klassische Redaktion, die sich bei der Nachbereitung des Bildmaterials den Überblick verschafft und eventuell belastendes Material aussondern könnte. Selbst Materialien, die keine Straftatbestände zeigen, können strafrechtlich relevante Puzzelteile sein. Eine Aufnahme, die Menschen in einer unverfänglichen Situation vor oder nach einer Aktion zeigen, können in Verbindung mit anonymisierten Aufnahmen während der vermeintlichen (oder auch nicht vermeintlichen) Straftat zu der Überführung von AkteurInnen führen.

Da in der Praxis eine gemeinsame Auswahl der gemachten Aufnahmen, sprich eine Autorisierung durch die AkteurInnen, zeitlich unmöglich ist (Motto: nichts ist so alt wie die Zeitung vom Vortag), sollte im Vorfeld abgesprochen werden, welche Szenen dokumentiert werden sollen. Je begrenzter, beziehungsweise überlegter der Ausschnitt gewählt wird - zeitlich wie auch räumlich -, je unbrauchbarer sollte das Material für Ermittlungsbehörden sein. Falls es die Kapazitäten zulassen, könnte eine Person, die mit dem Ablauf der Aktion vertraut ist, die Dokumentation betreuen. Manchmal gibt es Zusammenarbeit mit ReporterInnen, die wenig Verständnis für linke Konspirativität haben, bei denen sich ein rigoroses Filmverbot nicht durchsetzen lassen wird. Eine Beschränkung könnte gesetzt werden, indem die Person erst zu einem konkreten Zeitpunkt zum Geschehen geführt wird. Leider ist es selten möglich deren Material durchzusehen.

Da sich die unterschiedlichen Unsicherheitsfaktoren ergeben können, sollte im Vorfeld die Pressearbeit unter diesem Gesichtspunkt diskutiert werden. Nicht zuletzt sollte nie vergessen werden, dass auch bei der Beschlagnahmung einer Digitalkamera viele Rückschlüsse auf den Aufenthaltsort und -zeit der mitführenden Person gezogen werden kann, bzw. für andere Menschen belastende Aufnahmen in die Hände von Polizei und Staatsanwaltschaft fallen können. Diese Person könnte nicht nur in Ermittlungen oder einem Verfahren als Beschuldigte, sondern als Belastungszeugin/-zeuge herangezogen werden. In einem Prozess hat eine Zeugin / ein Zeuge kein Aussageverweigerungsrecht und die Belastung anderer zu verhindern kann schlimmstenfalls in Beugehaft resultieren. Im Gegensatz zu konventionellen Kameras, bei denen es ausreicht den Film herauszuziehen, um die gemachten Aufnahmen zu vernichten, ist es bei Digitalkameras nicht so einfach. Wie bei allen digitalen Speichermedien können auch auf den Datenträgern der Digitalkamera gelöschte Daten rekonstruiert werden. Deshalb sollte gründlich überlegt werden, ob die Kamera nicht doch lieber zu Hause bleibt. Bei manchen Demos entsteht auch der Eindruck es gibt mehr Linke, die die Demo dokumentieren als an ihr teilnehmen; aber das ist jetzt nicht unser Thema. Aber thematisiert werden sollte, dass es einen verantwortungsvol-

len Umgang mit dem Fotografieren und Filmen auf Demos geben muss. Hilfreich sind klare Vorstelllungen seitens der DemoveranstalterInnen, wie das Fotografieren reglementiert werden könnte. Ebenso sollten TeilnehmerInnen vor Beginn der Demonstration sich informieren, ob es Reglementierung hierzu gibt.

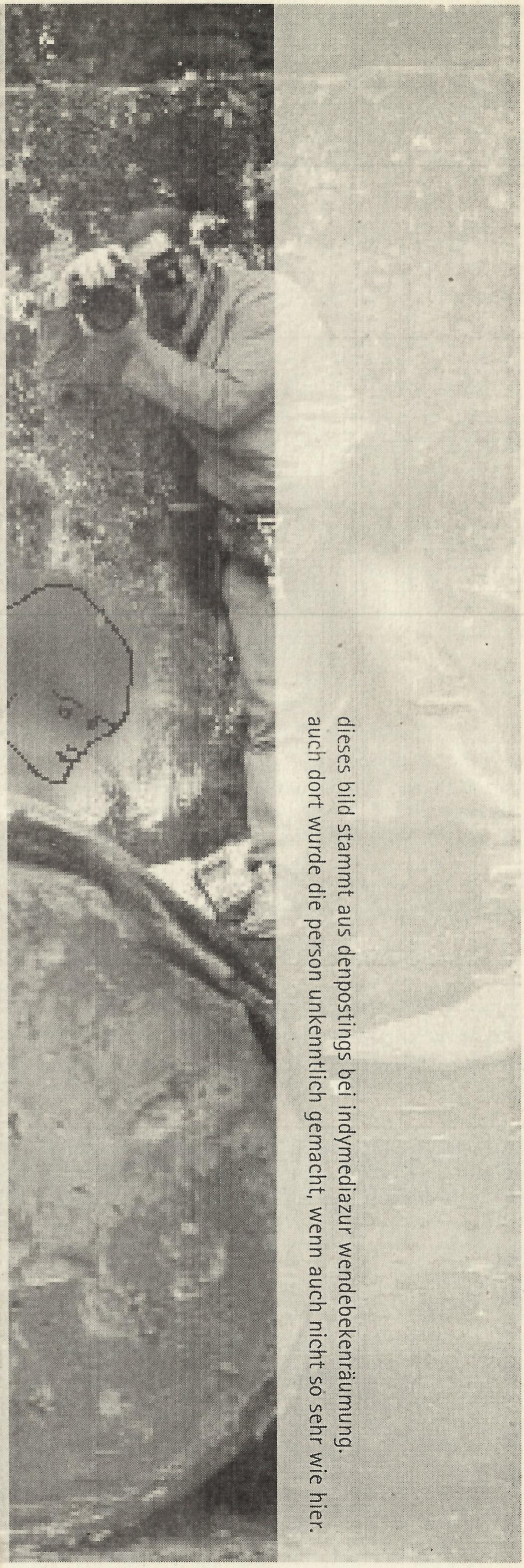
Nachrichtenseiten, wie Indymedia, haben in den letzten Jahren eine breite Gegenöffentlichkeit entstehen lassen, die oft genug in bürgerlichen Medien aufgenommen wurden - wenn auch in den seltensten Fällen mit Quellenangabe. Leider haben die ModeratorInnen Indymedias nur nach der Veröffentlichung die Handhabe Texte oder Bilder mit kompromietierendem Charakter zu entfernen. Für die ModeratorInnen muss auch nicht unbedingt ersichtlich sein, welches Material strafrechtlich relevant werden könnte. Auch ist es nicht die explizite Aufgabe der Moderationsgruppe dies zu tun. Eine Entfernung oder eine Entschärfung eines Beitrages kann bereits zu spät erfolgen, wenn Ermittlungsbehörden das Material bereits kopiert haben. Also muss die Selbstverantwortung und Selbstkontrolle der NutzerInnen diese Aufgabe übernehmen.

In ihren Moderationskriterien Indymedias kann nachgelesen werden, dass es sich um kein Diskussionsforum handelt. Dennoch ist häufig zu beobachten, dass die Funktion inhaltliche Ergänzung unter Beiträge zu setzen, für Kommentare und Diskussionen missbraucht wird. Jede Gegendarstellung/Kommentar gibt Details über die NutzerIn oder einer Gruppe preis, wobei die Konsequenzen selten absehbar erscheinen. Unter dem Gesichtspunkt der Repression stellt sich hier die Gefahr ein, dass gezielte Provokationen auftauchen, die Veröffentlichung von Internas herausfordern. Dasselbe gilt auch oft für Kommentare aus dem Bereich "linke Grabenkämpfe".

Die Erwartungshaltung an eine unverzügliche Dokumentation ist mittlerweile in linken Zusammenhängen recht groß. Der größte Teil der bei Indymedia veröffentlichten Beiträge sind mit Einweg-Pseudonymen signiert und selten lassen Inhalt und UnterzeichnerInnen darauf schließen, dass die Beiträge nicht von Einzelpersonen verfasst wurden. Problematisch erwiesen sich die Vorstellung der NutzerInnen darüber, was zu veröffentlichendes Material sein könnte und was lieber im Wald besprochen werden sollte. NutzerInnen wägen sich durch ihren scheinbar anonymen Zugang sicher und übersehen dabei schnell, dass der Inhalt für sie oder andere trotz dessen strafrechtliche Folgen haben kann. Deshalb ist es mehr als nur ratsam vor einer Veröffentlichung weitere Personen den eigenen zukünftigen Beitrag gegenlesen zu lassen und idealerweise ihn in den eigenen Bezugsgruppe oder -zusammenhängen zu diskutieren.

Leider scheint gutes und sicheres Bildmaterial oft ein Gegensatzpaar zu bilden. Aber gerade weil wir in dieser Zwickmühle stecken, sollten wir so problembewusst wie eben möglich handeln. Immer wenn Teile unserer Strukturen kriminalisiert werden, braucht es viel Kraft für die Soli-Arbeit. Solidarität wird immer ein Zeichen unserer Stärke sein ... und ein Zeichen unserer Umsicht ist es, wenn wir so wenig belastendes Material wie möglich beisteuern.

unabhängige Ermittlungsausschüsse und Rechtshilfegruppen
(i.A. EA Bremen - eabremen(ät)nadir.org)



dieses bild stammt aus denpostings bei indymediazur wendebekenräumung.
auch dort wurde die person unkenntlich gemacht, wenn auch nicht so sehr wie hier.

Antifaschistische Aktion Gera [AAG]

Eine Auswertung der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

Volxsport am Wahlabend in Dresden

Die Nazis sind in Sachsen und Brandenburg in die Parlamente eingezogen. In Brandenburg konnte die rechtspopulistische DVU bereits zum zweiten Mal in den brandenburgischen Landtag einziehen und ihr Ergebnis mit 6,1% sogar noch verbessern. Noch gravierender als der Einzug der dumpfen DVU-Nazis, dürfte jedoch der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag sein. Dort erhielt die Partei 9,2% der Wählerstimmen (7,8% mehr als im Vorjahr) und damit nur ein Mandat weniger wie die 'Sozialdemokraten'.

Während sich Politiker unterschiedlicher Couleur die Wahlen als ein Ergebnis auf die HartzIV-Reformen herbeiredeten und Innenminister Otto Schily indirekt das Bundesverfassungsgericht für die Wahlkatastrophe verantwortlich machte, marschierten in Berlin-Lichtenberg etwa 70 Nazis auf, um den Wahlsieg ihrer sächsischen Kameraden zu feiern. In Dresden wurden die Nazis unter Polizeischutz in den Landtag geleitet. Dort entrollten sie ein NPD-Transparent und nutzten erstmals eine breite Medienöffentlichkeit für ihre rassistische und nationalistische Hetze.

In der Dresdner Innenstadt schlossen sich am frühen Abend rund 400 Menschen einer spontanen Antifa-Demo an, gegen Ende der Demo wurde ein Naziladen angegriffen. Zeitgleich fand auch in Görlitz eine antifaschistische Demo gegen das Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl statt.

Antifa-Demo am 4.9.04 in Jena

Leider sind Nazis nicht nur peinlich...

Zu einem ersten Eklat kam es am Wahlsonntag sowohl in den Abendnachrichten „Heute" (ZDF), als auch in der „Tagesschau" (ARD). Nachdem der sächsische NPD-Vorsitzende Holger Apfel bei einer Podiumsrunde um eine knappe Stellungnahme gebeten wurde, fing dieser an von einer „asozialen Politik" der Bundesregierung und einem „großartigen Tag für alle Deutschen, die noch Deutsche sein wollen" zu lamentieren, woraufhin die anderen Podiumsgäste das Studio verließen.

Ähnlich wie bereits zum Tag der Sachsen in Sebnitz disqualifizierte sich der NPD-Kandidat durch seine hysterische Reaktion auf das deutliche Signal, sich auf keine Diskussion mit Nazis einzulassen. Beide Sendungen mussten daraufhin abgebrochen werden.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland forderte die Parteien auf, Konsequenzen aus dem NPD-Einzug in den Dresdner Landtag zu ziehen. „Eine Partei, die antisemitische und ausländerfeindliche Propaganda macht, gehört nicht in ein Parlament", sagte Zentralratspräsident Paul Spiegel dem Berliner „Tagesspiegel". Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt sagte, dass sich viele junge WählerInnen wegen einer „hohen Verunsicherung über die Zukunft" für die FaschistInnen entschieden hätten. Tatsächlich würde nach Umfragen renommierter Institute jeder zweite Jugendliche in Sachsen die NPD wählen. Der Innenminister sprach in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen" von einem „Anlass zu großer Sorge", wenn die SPD so weit abrutsche, dass die NPD in ihre Nähe komme. Das sei „ein Grund, an der Vernunft mancher Menschen zu zweifeln". Die Amadeu Antonio Stiftung äußerte sich besorgter über die Wahlergebnisse: „Die Wähler haben Parteien ihre Stimme gegeben, die die Demokratie abschaffen und stattdessen einen Führerstaat aufbauen wollen, der völkisch, rassistisch und antisemitisch ist. Diese Wahlergebnisse zeigen, dass in Ostdeutschland die demokratische Kultur ernsthaft in Gefahr ist."

Auch wenn der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse konstatierte, dass „der Einzug der NPD in den Landtag [...] nicht den Untergang des Abendlandes" bedeute, so sollte eines endlich wahrgenommen werden: Die Wahlergebnisse sind Ausdruck eines rassistischen Konsens, der von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt wird. Mehr als 186.000 WählerInnen in Sachsen haben bekennende Nationalsozialisten gewählt. In Brandenburg hat die DVU 71.000 WählerInnen mit ihrer nationalistischen Hetze überzeugt. Es sind eben nicht nur Protestwähler oder perspektivlose Jugendliche, die Nazis in die Parlamente gewählt haben. Hier haben erwachsene Nazis und Rassisten gewählt.

What's next? Nazis planen „Nationale Liste"

Die Wahlerfolge sind mitunter auf das Konzept der Nazis zurückzuführen, über parteipolitische Grenzen hinweg eine vordergründig nationalistische Politik zu machen. DVU und NPD hatten in einer Erklärung vor den Landtagswahlen angekündigt, sich „bei den Wahlen in Bran-denburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern". So trat die DVU nur in Brandenburg, die NPD nur in Sachsen an.

Da das Wahlkonzept offensichtlich aufging, wollen NPD und DVU auch zukünftig enger zusammenarbeiten. Die Vorsitzenden der beiden Parteien Udo Voigt (NPD) und Gerhard Frey (DVU) vereinbar-

ten bei ihrem ersten Sondierungsgespräch am 22. September 2004 in Berlin, mit jeweils nur einer „nationalen Liste" bei den Wahlen des Bundestags, des Europaparlaments und der Landtage anzutreten.
Nicht zu verwechseln ist der angestrebte Schulterschluss mit der gleich lautenden Naziorganisation „Nationale Liste" (NL). Die NL verherrlichte offen den Nationalsozialismus und wurde deshalb am 24. Februar 1994 vom Hamburger Innensenator Wrocklage verboten. Interessant ist hierbei, dass eines der drei Gründungsmitglieder und NL-Vorstandsvorsitzender der bekannte Nazi Thomas Wulff ist. Einer von drei führenden Köpfen der so genannten „Freien Kameradschaften", die zur Landtagswahl in Sachsen und Brandenburg ihren Eintritt in die NPD kundtaten.
Die Republikaner schlossen ein Wahlbündnis mit der NPD aus. Im Gegensatz zur NPD würden die Republikaner die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bejahen, sagte der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer.

How it's going to end?
No historical backspin!

Der Wahlsieg der NPD wird sich drastisch auf die politische Landschaft in Sachsen ausüben. Allein die Wahlkampfkostenerstattung wird die Parteikassen mit mindestens rund 60.000 Euro (DVU) bzw. etwa 190.000 Euro (NPD) füllen. Vor allem aber politisch will die NPD von ihrem Einzug in den Landtag profitieren. Nach Auskunft des künftigen Fraktionschefs Holger Apfel will die NPD im neuen Landtag so auch einen Sitz in der für die Überwachung des Verfassungsschutzes zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission beantragten. Neben all den infrastrukturellen und finanziellen Vorzügen, welche der NPD durch ihre Wahl zugute kommt, ist in den nächsten Jahren von einer weiteren Verankerung rechter Ideologie in der Gesellschaft auszugehen. Vor allem unsere GenossInnen in Sachsen werden Konsequenzen aus dem Wahlsieg der Nazis ziehen müssen. Die alarmierenden Umfragen an Schulen und Betrieben in den Neuen Bundesländern müssen endlich ernst genommen und antifaschistische Projekte und Initiativen gefördert werden.
Entschiedener antifaschistischer Widerstand ist in dieser Zeit absolut notwendig, gerade in einem zivilgesellschaftlichen Niemandsland wie Sachsen oder Thüringen. Wir werden daher in der thüringischen Grenzstadt zu Sachsen weiterhin antifaschistische Politik machen und die Nazis konsequent bekämpfen - mit allen Mitteln und auf allen Ebenen.

Wahlnacht in Dresden: Smash Nazishops!

[http://aag.antifa.net]

3.Oktober 2004 Leipzig-Connewitz:
Naziaufmarsch verhindern!

The Battle of Leipzig 04: Worch will durch den Süden marschieren. Sind die Nazis nach der Landtagswahl völlig größenwahnsinnig geworden oder muss Worch sich gegen die gerade recht erfolgreiche NPD profilieren? Wir wissen es (vorläufig) nicht. Aber eins ist klar: Der Aufmarsch wird nicht stattfinden. Drei Worte wabern durchs Viertel: 1.Mai 98! Auch auswärts heben sich die Köpfe. Und wer weiss, wieviele Leute jetzt nicht doch mal wieder „Antifa" für sich entdecken... Das Event möge beginnen!

Infotelefon (Ansage): 0341-30 68 235
www.left-action.de

Was ist tot und beisst' rund und beisst'?

man stelle sich vor, sie singen, und nicht nur eine , sondern viele. man stelle sich vor, die spielen gitarre. man stelle sich vor, einige von ihnen schreien einem aus der seele. man stelle sich vor , die gehen einfach nicht mehr von der bühne.

Einen Text über Frauen und Popkultur schreiben. Reingefallen von Anfang an. «Ständig müssen sie alle extra erwähnen, dass es sich um eine Frauenband handelt. (...) In den acht Jahren unserer Karriere, in der ganzen Ansammlung von Kritiken und Artikeln - inzwischen so dick wie ein Telefonbuch - wurde es kein einziges Mal nicht erwähnt. Und viele davon schreiben kein einziges Wort über unsere Musik» (Lunachicks).

Hauptsache weiblich und das Interesse ist garantiert. Weiblich, laut, böse und sexy. «Girl Power» – der Sonder-fall im Punk, im Rock, im Punkrock. Eine Attraktion, eine Jugendkultur, ein Hype. Bravo:

Also keinen Text über Frauen und Popkultur schreiben?

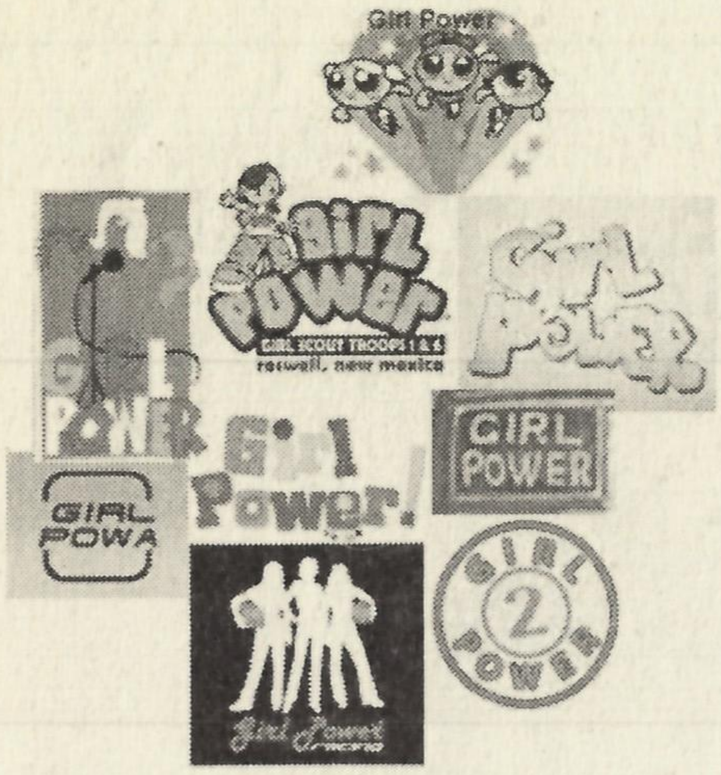
Eine Buchkritik schreiben. Und einen Annäherungsversuch an something called queer.

«Lips. Tits. Hits. Power? Popkultur und Feminismus» ist ein Buch über Musik und Jugendkulturen, über Style und Vermarktung von Girls, herausge-geben von Anette Baldauf und Katha-rina Weingartner. Die beiden Wien-New Yorkerinnen lassen vierzig Erzählerinnen aus der so genannten «Girls Szene» zu Wort kommen, die in ihren unterschiedlichen Beiträgen Einblicke in Bands, Musikrichtungen, Fankulturen, politische Aktionen und Massenmedien bieten. Feminismus ist dabei der gemeinsame Ausgangspunkt, Popkultur die gemeinsame Arti-kulation und Taktik.(1) Girl Power ist alles von Riot Grrrl bis Madonna, alles was Titten und Eigenständigkeit besitzt und gewisse Geschlechterrollen und deren hierarchisierende Zuschreib-ungen in Frage stellt.

Doch den beiden Herausgeberinnen geht es auch um das Fragezeichen hinter Power, um die Vermarktung des Labels «Girl», die sehr wohl auch ohne den feministischen Kontext möglich ist: «Girlie-Style überschwemmte nicht nur die Kaufhäuser und plünderte Kreditkarten, sondern lud auch einen neuen Imperativ auf den strapazierten Schultern junger Frauen ab - zur Befriedigung des männlichen Blicks sollten Girls nicht nur zaundürr und adrett gestylt, sondern noch dazu tough und sexy sein. <Girl Power> konnte damit, quasi reibungsfrei, auch als Wiederholung eines sexistischen Diskurses funktionieren, der die Ge-schlechternormen in den traditionellen Terminologien fortschrieb.» (S. 19-20)

Riot Grrrl und andere Girl-Projekte wandeln auf dem Grat zwischen Do-it-yourself-Ästhetik und politischer Autonomie einerseits, der Erfindung und Vermarktung von Girl-Style innerhalb hierarchischer, kapitalistischer Popindustrien andererseits. Und dies in einer Welt, in der «einerseits» und «andererseits» selten einfach zu unterscheiden sind. Eine «zähe Ambiguität», wie es Baldauf und Weingartner nennen. Damit bleiben die Lesarten von Girl Power und Feminismus in der Popkultur «verletzlich offen» (S. 22), eine Beschreibung, die mehr als zutreffend erscheint. Dies zeigt sich beispielsweise in Diskussionen, ob Courtney Love in die Konsumfalle gefallen ist, oder ob das «Mädchen küssen Mädchen» mehr als nur ein Werbegag auf die Konten von Madonna und Britney ist. Ist das der Beweis einer post-homophoben Gesellschaft? Oder wird eine spezifische Form von Männerfantasien reproduziert, welche in der Porno-Industrie zigfach erfunden und gestillt wird? Ein Kapitel des Buches ist deshalb dem «Material Girl...». gewidmet. Lust und Konsum in seinen undurchsichtigen Verquickungen, welche sich doch ab und zu lohnen, entdröselt zu werden.

Doch am Anfang steht eine Revolution. «There's A Riot Going an...», so beginnt die Geschichte des Riot Grrrt. Riot Grrrl ist eine feministische Bewegung, die Anfang der 1990igerJahre in den Vereinigten Staaten begann und sich zur Aufgabe machte, Hierarchie, Gewalt und Sexismus in gemeinsamen



Projekten zu thematisieren und zu bekämpfen. In ihrem Artikel zur Geschichte der Riot-Grrrl-Revolution schreibt Shell Sheddy dazu: «Ziel jeder feministischen oder Girl-orientierten Kultur ist es, zu lernen, zu verstehen, uns zu nehmen, was wir brauchen, und unsere Einsichten an andere weiterzugeben. Das ist Riot Girrt.» (S. 29) Vor allem in der Musikindustrie wehrten sich wichtige Exponentinnen wie Kathleen Hanna (Bikini Kill) und Joan Smith (Mecca Normal und 2 Foot Flame) dagegen, Sparten-Platzhalterinnen oder unsichtbar zu sein. In Washington bildete sich eine Riot Grrrl-Gruppe im Sommer 1991 nach einem Bikini Kill-Konzert, in New York wurden erste Treffen am WIG WAM BAM Musikfestival 1992 abgehalten. Es wurde ein Riot Grrrl-Manifest erarbeitet, das laufend von den einzelnen Gruppen korrigiert wurde.(2)

Ausgangslage für Projekte ist ein Verständnis, dass alle alles machen können, wie im Punk. Aus den einzelnen Gruppen sind politisch-künstlerische Projekte wie die Selbstverteidigungsinitiative Horne Alive (1993 in Seattle gegründet) oder Dyke Action Machine! DAM! Lesbische Kunst im öffentlichen Raum (1991 in Atlanta gegründet), hervorgegangen. Über Zines (selbst erstellte Zeitschriften), Flyers und Internet werden Konzertdaten verbreitet und die Idee von Riot Grrrl an andere Frauen weiter gegeben.

Erfrischend selbstverständlich steht in diesem Buch die Bitch (zum Beispiel Roxanne Shante, schwarze Hip-Hop-Frau) neben der Dyke (zum Beispiel die Musikerinnen der Lesben-Band Tribe 8). Selbstbenennungen und Umdeutungen von sexistisch behafteten Begriffen wie Bitch, Pussy, Dyke sind zentrale Themen. Darüber hinaus wird aus den Texten von Le Tigre, Tribe 8 oder Sleater-Kinney auch klar, dass sich die Musikerinnen nicht nur als Feministinnen verstehen, sondern als Queers, als Dykes, oder als Lesben. Queer Punk spielte in und um die Riot Grrrl-Bewegung von Anfang an eine wichtige Rolle. In «Lips. Tits. Hits. Power?» ist Queer ein tragendes Ele-ment, ohne immer eigenständig er-wähnt zu werden. Expliziter werden Riot Grrrl und andere Girl-Projekte als Jugendkultur besprochen.

Im Zusammenhang mit der Bedeutung von Queer Punk für Riot Grrrl ist die Annahme, eine Subkultur sei eine Kultur von und für Jugendliche jedoch durchaus hinterfragbar. Judith Halberstam, eine Queer Theoretikerin und Aktivistin, Professorin für Literatur und Cultural Studies in Kalifornien, hat Queer Punk Subkulturen in den Vereinigten Staaten nachgezeichnet. Dabei stellt sie fest, dass die Zeit und die Lebensabschnitte, welche in quee-ren Szenen verbracht werden, sich keineswegs auf das Jugendalter beschränken. Also kein «sich vor dem Familienleben noch richtig austoben». Keine Assoziationen mit Pubertät und Übergangsperiode, sondern Lebbare Lebensentwürfe. Indem Riot Grrrl oder Riot Dyke ein anderes Zeitverständnis in einer Szene ermöglichen, schlies-sen sie ihre Ablehnung gegen eine «biedere Elterngeneration» aus. Die Idee, etwas Neues zu machen, eine Avantgarde oder ein neues Expertentum zu begründen, erübrigt sich nicht zuletzt deshalb, weil queere Lesben und Frauen sich oft nicht in Bezug auf eine Elterngeneration verhalten können oder wollen.

Interessant ist, dass Halberstam auch andere Traditionslinien nachzeichnet, wenn sie die Riot Grrrt-Bewegung als eine Bewegung von queeren Weiblichkeiten und Lebensentwürfen betrachtet. Während in der gängigen Literatur Riot Grrrl als Abkömmling des von Männern dominierten Punks gesehen wird, weist sie auf die Verbindungen zu früheren lesbischen Sängerinnen wie Alix Dobkin, oder Cris Williamson hin. Sie kommt zum Schluss, dass nicht nur Women's Music mit seinen Wurzeln im Folk der 1970iger Jahre als musikalische Inspi-rationsquelle von Riot Grrrl ver-nachlässigt wird, sondern auch die lesbische Subkultur der letzten Jahrzehnte als sozialer Kontext für die Riot Grrrl-Bewegung ignoriert wird. Damit bleibt Riot Grrrl eine Jugendkultur, die sich in einer heterosexuellen Matrix von Kindheit, Jugend und Erwachsenenwelt einordnen lässt und die tiefer liegende Sprengkraft, wie sie der Riot Grrrl Bewegung innewohnt, unbeachtet lassen kann. Die Sprengkraft, dass es wild gewordene Gören gibt, die niemals erwachsen werden, weil sie diese Kategorie einfach nicht mehr kennen.

> TUT <

(1) Zum Begriff «Girl>: Girl bezieht sich in diesem Zusammenhang nicht auf einen Altersbegriff, also Mädchen, im Gegensatz zu Frau. Vielmehr beschreibt er ein Selbstverständnis, das sich nicht aus Familien- oder Beziehungszusammenhängen bestimmen lässt. Damit wird das Mädchen, als das unreife, abhängige Ding (sein Girl oder Daddy's Girl) umgedeutet und mit Eigenständigkeit und Selbstbestimmung assoziiert. Auch ist mit dem Begriff keines-wegs automatisch eine heterdsexuelle weisse Frau gemeint.

(2) Auszug aus dem Riot Grrrl-Manifest:
«... WEIL wir die Fantasien einer <instant mache gen revolution> als unpraktische lügen entlarvt haben, die uns zum träumen anhalten, anstatt aus unseren, träumen realität zu machen. UND WIR DAHER in einer revolution unseres eigenen alltäglichen lebens nach alternativen suchen zu der scheiss christlichen' kaptitalistischen lebensweise. (...) WEIL wir nicht mehr länger zurückschrecken vor dem vorwurf, wir seien reaktionäre, <umgekehrte Sexistinnen> oder gar punk rock-kreuzigerinnen, die wir ja tatsächlich sind...».

Literatur:

> Anette Baldauf, Katharina Weingartner (Hg.): Lips.Tits. Hits. Power? Popkultur und Feminismus, Folio, Wien und Bozen 1998.
> Judith Halberstam: What´s that smell? Queer temporalities and subcultural lives. In: International Journal of Cultural Studies, Bd. 6(3), 2003. S. 313ff. In beiden Texten gibts zahlreiche weiterführende Infos.

gefunden in der Septemberausgabe von megafon

+++ Aufruf des bundesweiten antikapitalitischen Blocks +++

Das Ende der Bescheidenheit!

Wir wollen alles: Alles für Alle!

+++ Wir wollen auf die Straße tragen +++ Agenda 2010 demontieren +++ Hartz IV verhindern +++ Sozialabbau stoppen +++ Reichtum aneignen +++ Kapitalismus abschaffen +++ Für die soziale Revolution +++

Rebellion und Widerstand

Am 6. November 2004 findet in Nürnberg im Rahmen bundesweiter Herbstaktionen gegen den Sozialraub eine Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit statt. Denn am 1.1.2005 soll das sog. Arbeitslosengeld II eingeführt werden, mit dem sich die Armutsspirale für viele weiter nach unten schraubt. Zwangsarbeit und Billiglöhne werden dadurch ausgeweitet und somit auch das allgemeine Lohnniveau weiter abgesenkt. Es liegt an uns, dies zu verhindern! Zahlreiche soziale Basisinitiativen rufen dazu auf, den Protest und Widerstand gegen die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und gegen alle Kürzungen im Sozial-, Lohnarbeits-, Gesundheits-, Renten- und Bildungsbereich entschlos-sener denn je auf die Straße und in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn während sich der Reichtum weniger immer mehr anhäuft, bleibt für immer mehr Menschen immer weniger bis nichts zum Leben. Wenn es uns tatsächlich schlechter gehen soll, damit es der Wirtschaft besser geht, kann es für uns nur eines geben: Die Verhältnisse und ein unvernünftiges Wirtschaftssystem zum Kippen bringen! Schluss mit der Bescheidenheit. Ja, wir wollen alles ... für Alle! Eine klassenlose Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und die allen gesellschaftlich produzierten Reichtum gleichmäßig verteilt. Und dafür gilt es zu kämpfen! Es liegt an uns und jeder/m Einzelnen, denn geschenkt bekommen wir nichts! Also raus auf die Straße und rein in den antikapitalistischen Block!

Deutschland 2004

Wirtschaftsanalystlnnen und Fachmagazine melden Rekordgewinn-aussichten für deutsche Großunternehmen. Zum Jahresende 2004 wird für die 30 größten im Deutschen Aktienindex (Dax) zusammengefassten Unternehmen ein Ertragsplus von gewaltigen 54 % erwartet. Auch die Gewinne der 50 größten europäischen Konzerne werden in diesem Jahr um rund 20 % steigen. Vorstandsmitglieder und Top-Manager verabreichen sich Lohnerhöhungen von z.T. über 100 %, mehrere Millionen Euro verbuchen sie in der Regel jährlich auf ihren Gehaltszetteln. Die Geschäfte von Banken und Großkonzernen boomen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 15 Jahren um durchschnittlich 50 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen, der gesellschaftlich produzierte Reichtum damit immens angewachsen. Die Produktivität hat sich verdoppelt. 2003 hat die deutsche Exportindustrie einen Rekordüberschuss von 130 Milliarden Euro erzielt und wurde zum Exportweltmeister gekürt, Tendenz steigend...

Doch gleichzeitig erklären uns die KapitalvertreterInnen aus den Unternehmerverbänden sowie die bürgerliche Politik- und Medienwelt, wir sollen weiter und weiter den Gürtel enger schnallen. In der neoliberalen Marktideologie sind finanzielle Aufwendungen für unser Leben nur noch lästige Unkosten, die dem Profitstreben der Wirtschaft im Wege stehen. Nach den Steuergeschenken und einer Finanzpolitik für Wirtschaftsunternehmen und Reiche fehlt dem Staat nun „überraschend" das Geld, seine Leistungen aufrecht zu erhalten. Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits-, Renten- und Sozialbereich seien unumgänglich, wie wir tagtäglich zu hören bekommen. Standortpolitik, Eigenverantwortung und Zukunftssicherung heißen ihre gebetsmühlenartig wiederholten Todschlagsargumente. Während die Großkonzerne Gewinne einfahren, folgt zielstrebig ein Sozialraubsschachzug dem nächsten, eingezwängt in die Kosten-Nutzen Rechnung der freien Marktwirtschaft. Ein Schritt folgt dem anderen: Feste Arbeitsplätze werden vernichtet, ein Millionenheer an Erwerbslosen geschaffen, soziale Leistungen gekürzt und privatisiert, prekäre Billiglohn-, Leih- und Zwangsarbeit eingeführt, die Löhne gesenkt, die Arbeitszeit erhöht. Der Konkurrenzdruck, jede/r gegen jede/n, hier und weltweit wird immer und immer wieder aufs neue ausgespielt. Und wir selbst sind dann wiederum die Schuldigen, sollte das Profitziel der multinationalen Monopole im weltweiten Konkurrenzkampf nicht erreicht werden und die Kürzungsspirale dreht sich weiter und weiter nach unten. In einem breiten Allparteienbündnis und unter Mitwirkung großer Teile des Gewerkschaftsapparates erleben wir derzeit den größten Angriff auf die Rechte aller Lohnabhängigen, seit Bestehen der BRD! Und in allen anderen Ländern der Europäischen Union sieht es um Sozialabbau, Privatisierung und Kürzungsterror nicht viel anders aus.

Der Kapitalismus zeigt sein unverhülltes Gesicht

Die grausame Wirklichkeit des kapitalistischen Wirtschaftsmodells bedeutete seit jeher für den Großteil der Menschen weltweit Erwerbslosigkeit, Elend und Armut. Der Kapitalismus war aufgrund seiner ureigensten Sachzwänge noch nie in der Lage, die Menschheit überhaupt vernünftig zu ernähren. Nun kehrt diese Realität wieder mehr und mehr in die Industriestaaten zurück. Durch harte ArbeiterInnenkämpfe konnten hier dem Kapital soziale Rechte abgerungen werden. Aufgrund der Systemkonkurrenz zum ehemaligen Ostblock war das Kapital zu diesen Zugeständnissen bereit. Es benutzte

diese Errungenschaften zur politischen Legitimation bzw. sozialen Befriedung. Heute feiert sich die kapitalistische Logik als scheinbar alternativloses Modell das alle Lebensbereiche durchdrungen hat. Der Kapitalismus zeigt wieder sein unverhülltes Gesicht in der Ideologie des sog. Neoliberalismus: Unterwerfung aller menschlichen Bedürfnisse unten die Doktrin des freien Marktes. Durch die weltweite Ausdehnung dieses Systems auf ökonomischer, politischer und technischer Ebene, auch Globalisierung genannt, ist die gesamte Welt zum mörderischen Spielball um Profitmaximierung und verschärfte Konkurrenz um Märkte und Einflusssphären geworden. Um diesen ureigensten Merkmalen des Kapitalismus gerecht zu werden und im gegenseitigen Konkurrenzkampf der Monopole bestehen zu können sucht sich das Kapital zwangsläufig die dafür günstigsten Bedingungen, z.B. durch den Kapitalexport in Regionen, wo zur Profitjagd ?bessere? Voraussetzungen vorherrschen, Subventionen geleistet werden oder auch durch den Abbau ?unnötiger? Kosten. Und damit sind jeweils immer und überall die Lohnabhängigen gemeint und betroffen. In dieser Logik sind auch die aktuellen Verschärfungen zu sehen:

So steht die Agenda 2010 im Zusammenhang mit der EU-Zielvorgabe, bis zum Jahre 2010 die wettbewerbsfähigste Wirtschaftsmacht der Welt zu werden, für uns allerdings bedeutet das Sozialabbau und Lohnkürzungen. Sie ist Teil eines längst begonnenen Prozesses und doch stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung, wenn es nach dem Willen der KapitalvertreterInnen geht! Die Hartz-Gesetze - insbesondere die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe - dienen im Grunde dazu, einen riesigen Niedriglohnsektor zu schaffen. Denn dem Lohndruck der Billig- und Zwangsarbeit werden auch die höheren Lohngruppen nachgeben. Und auch die Standtortdebatte als rein politisches Instrument gehört dazu, in der die Lohn-abhängigen weltweit immer weiter und weiter gegeneinander ausgespielt werden sollen. Das Kapital sucht sich immer den Ort, wo es die meisten Profite erzielen kann.

Und der Staat?
Viele suchen und rufen dabei nach dem Staat, der es schon richten wird. Der Staat hat allerdings seine eigene zentrale Rolle im Kapitalismus: Optimale Kapitalverwertungsbedingungen im Sinne der Profitmaximierung zu schaffen und sicherzustellen, so wie wir es derzeit erleben. Während er sich aus den sozialen Belangen herauszieht, wird militärisch aufgerüstet: Nach außen, um auch mit den Mitteln des Krieges Rohstoff-Reserven, internationale Handelswege und neue Absatzmärkte zu erschließen und abzusichern. Nach innen, um als Zwangsapparat die Ausbeutungsbedingungen zu verbessern, die bestehenden Machtverhältnisse abzusichern und Widerstand im Keim zu ersticken. Privatisiert und ausgelagert wird, was einerseits als ?unrentable Kosten? (wie unsere soziale, gesundheitliche oder Alters-Absicherung) verbucht wird und anderseits auf dem freien Markt profitorientiert expandieren kann (z.B. Wasserversorgung, Strom, Telekommunikation, Verkehr, ...). Hinzu kommen all die staatlichen und staatstragenden Institutionen, wie z.B. Schulen, Parteien, Vereine und Medien, die uns allgegenwärtig und überall die Denk- und Handlungsformen kapitalistischen Wirtschaftens einzutrichtern versuchen und das System als alternativlos darstellen sollen. Der Staat ist uns keine Hilfe und kein Rettungsanker, da er die Klassengesellschaft absichert. Zu den ideologischen Grundvoraussetzungen und zur Aufrechterhaltung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse gehören: Besitz- und Konkurrenzdenken, Leistungsbereitschaft und unbedingte Arbeitshörigkeit, Entsolidarisierung und Ellenbogenmentalität, das Recht des Stärkern und die Einfachheit des Tritts nach unten, wie die Ausgrenzung und Illegalisierung von Flüchtlingen, die Notwendigkeit patriarchaler und sozialer Ungleichheitsstrukturen, Unterordnung und Disziplinhörigkeit, die Auslese im Bildungsalltag, die Widersprüchlichkeit der Eigenverantwortung in einem fremdbestimmten Leben' oder die angebliche nationale Zusammengehörigkeit in einer Klassengesellschaft.

Während die wenigen, die die Produktionsmittel und das Kapital besitzen immer reicher werden, heißt es für die Mehrzahl der Menschen auf dieser Welt, immer weniger zum Leben zu haben. Mit jeder Krise, die der Kapitalismus in Abständen zwangsläufig mit sich bringt, wird sich die Situation für die Lohnabhängigen, die nicht viel mehr haben als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, auch hier immer mehr und mehr verschärfen.

D.h. der Kapitalismus ist in seinen Grundzügen nichts anderes als ein durch und durch unvernünftiges Wirtschaftssystem, das permanent Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit produziert. Deshalb gehört er abgeschafft.

Schluss mit der Bescheidenheit -
Wir wollen alles: Alles für Alle!
Der umfassende Angriff auf unsere Lebensbedingungen durch die Machteliten aus Wirtschaft und Politik, der von oben geführte Klassenkampf, kann nur eine Antwort haben: Klasse gegen Klasse!
Setzen wir also unsere kollektiven Interessen, die Interessen aller der kapitalistischen Ausbeutung Unterworfenen auf die Tagesordnung. Begreifen und organisieren wir uns als Klasse, kämpfen wir gemeinsam gegen Sozialraub, kapitalistische Ausbeutung und Armut. Bewusst als Klasse handelnd, statt im Kampf aller gegen alle, entsolidarisiert und individual-isiert, werden wir uns durchsetzen.

Weder durch Bettelei und Bittgänge, noch durch Bündnisse für Arbeit und Standortsicherungsvereinbarungen oder durch sozialverträgliche Mitgestaltung von Ausbeutung und Unterdrückung werden wir nur einen einzigen Schritt weiterkommen. Weder in der parlamentarischen Parteienlandschaft noch im staatstragenden Gewerkschaftsapparat, dessen Führung stets den Klassenkompromiss propagiert und damit Teil des Problems ist, werden wir etwas grundlegendes verändern. Nein, unsere Interessen können wir nur selbst vertreten und dafür ist es höchste Zeit. Nicht allein, sondern gemeinsam. In den Betrieben und gegen Ämter, in Stadtteilen, Schulen und Universitäten gilt es aktiv zu werden, unabhängige Basisinitiativen aufzubauen und sich zu verankern. Die massenhafte Wut und Empörung muss endlich ihren praktischen Ausdruck finden, die Ohnmacht zum organisierten Widerstand werden. Die Basisarbeit, die Organisierung, Gegenöffentlichkeit, Bewusstseinsvermittlung und der Widerstand vor Ort können schon heute beginnen, in autonomen Gewerkschaftsgruppen oder Erwerbslosen- und Stadtteilinitiativen, usw., überall dort, wo man selbst präsent und Teil von ist. Der Aufbau von eigenen unabhängigen Strukturen und Basisinitiativen muss einhergehen mit einer spektren- und inhaltsübergreifenden Vernetzung in Sozialforen und offenen sozialen Bündnissen von unten, um die Kräfte zu bündeln und handlungsfähig agieren zu können.
Um diese sozialen Kämpfe zusammenzuführen, gemeinsame emanzipatorische und antikapitalistische Inhalte und eine erfolgreiche politische Praxis weiterzuentwickeln, bedarf es zudem einer autonomen revolutionären Organisierung, die unabhängig von und jenseits aller system- und staatstragenden Institutionen agiert. Um erfolgreich zu sein, wird es jedoch nicht ausreichen, nur lokal und vor Ort aktiv zu sein, nein, auch überregional, bundesweit und im internationalen Rahmen wird eine unabhängige Organisierung von Nöten sein, um Gegenmacht zur .

herrschenden Ordnung zu entwickeln. Denn um ehrlich zu sein, haben wir hier noch immer den Status eines Entwicklungslandes, was Protest und Widerstand betrifft, während sich weltweit in zahlreichen Ländern immer mehr Menschen gegen die Hegemonie des Kapitals auflehnen und harte Kämpfe für ein besseres Leben als im Kapitalismus führen.

Also, Schluss mit dem Verzicht und Schluss mit der Sozialpartnerschaft. Schluss mit dem zahmen Protest, denn eines ist klar: Unser Widerstand wird nur dann erfolgreich sein, wenn Staat und Kapital ihn wirklich zu spüren bekommen. Egal ob es darum geht, die über die Jahrzehnte erkämpften Rechte zu verteidigen, unsere Lebens-bedingungen zu verbessern oder in die Offensive zu gehen bis hin zum Kampf um das, was uns wirklich zusteht: der gesell-schaftlich produzierte Reichtum für alle und die Produktionsmittel in die Hände aller und das überall! Ganz einfach: Alles für Alle!
Nur mit der Abschaffung des Kapitalismus wird es ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung geben und nicht in seiner wie auch immer ausgestalteten Sozialverträglichkeit, die die grundsätzlichen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft unberührt lassen. Und das heisst die Auflösung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, die Abschaffung der Lohnarbeit und die Überwindung der Klassengesellschaft.
Wir fragen uns schon längst, was daran schlecht sein soll, wenn die Häuser, Fabriken, Dienstleitungsbetriebe, Land und natürliche Ressourcen, einfach alles, in den Händen aller, also vergesellschaftet ist. Was soll schlecht sein an einer klassenlosen Gesellschaft, die allen gesellschaftlichen Reichtum gleichmäßig verteilt, in der sich das wie und was produziert wird an den Bedürfnissen aller orientiert, alles von unten nach oben, von der Basis her aufgebaut, organisiert und selbstverwaltet wird.

Schließen wir uns zusammen, solidarisieren und vernetzen uns und kämpfen gemeinsam für unsere Rechte und das was uns zusteht! Für die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung ? weltweit! Für die soziale Revolution ? weltweit!

Kasten: Die Bundesagentur für Arbeit
Die Bundesagentur für Arbeit mit ihrem Sitz in Nürnberg ist die zentrale bundesweite Verwaltungsbehörde der Arbeitsagenturen. Hier werden die grundsätzlichen Richtlinien erstellt und die einheitliche Aufgaben-erledigung ausgegeben, die in allen Arbeitsagenturen dann umgesetzt werden müssen. Die Führungsgremien sind „drittel-paritätisch" besetzt und dort sitzen sie dann alle zusammen, die Kapital-vertreterInnen, die Gewerkschaften und der Staat in Form der öffentlichen Körper-schaften aus Bund, Länder und Gemeinden und bestimmen die geschäfts-politischen Ziele sowie die Art und Weise, wie die BA ihre Aufgaben wahrnimmt.

Die Geschichte der heutigen Bundesagentur für Arbeit geht zurück bis in die Weimarer Republik. Dort kam ihr die Aufgabe zu, bis zu 6 Millionen Arbeitslose zu verwalten. Im Nationalsozialismus hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eine eher untergeordnete Rolle, denn für die - wie man heute sagen würde - Eingliederung ins Berufsleben ist größtenteils das Innenministerium zuständig und verordnete per Zwang den Reichsarbeitsdienst als „Ehrendienst am deutschen Volke". Die Entlohnung dieses Zwangsdienstes lag kaum über dem Arbeitslosengeld.

1952 wird in Nürnberg die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung eingeführt, die mit dem Gesetz zur Arbeitsförderung 1969 in Bundesanstalt für Arbeit umbenannt wird. Was dabei unter Arbeitsförderung zu verstehen ist, erläutern bereits 1980 die Revolutionären Zellen, eine bis Anfang der 90er Jahre aktive linke Stadtguerilla-Gruppe, in einer Anschlagserklärung, nach dem sie am Gebäude der Bundesanstalt Sprengstoff gelegt haben. Sie bezeichnen darin die Bundesanstalt für Arbeit als „Bastion des modernen Sklavenhandels", die mit ihrer Arbeitsmarktpolitik die Rationalisierungspraxis des Kapitals ergänzt, in dem sie Erwerbslose zwingt unter ständig verschlechternden Bedingungen zu arbeiten. Bis zuletzt war die Bundesanstalt für Arbeit immer wieder Ziel von lokalen Protesten durch Erwerbslose, StudentInnen aber auch Flüchtlingsgruppen. Zudem hat sie sich selbst immer wieder durch Finanzkorruptionen und Statistikfälschungen in die Schlagzeilen gebracht.
Aufgrund der vier Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (bekannt als Hartz I-IV) heisst die Bundesanstalt seit 01.01.2004 Bundesagentur für Arbeit, ebenso wie die ihr untergeordneten 180 Arbeitsämter und 660 Geschäftsstellen zu Agenturen werden. Was, wie so vieles, als Reform verkauft wird, ist nichts anderes als der umfassenste Angriff auf die Rechte von Erwerbslosen, die Ausweitung von Armut gekoppelt mit dem Zwang zur Billiglohn- und Leiharbeit. Der Bundesagentur für Arbeit kommt dabei die Aufgabe zu, die Leitfäden zur Umsetzung per Repression, Zwang und Kontrolle auszuarbeiten und anzuwenden. Während für die DGB-Vizechefin und Vorsitzende des BA-Verwaltungsrates Ursula Engelen-Kefer, der Protest gegen Hartz IV für beendet ist, wird er jetzt erst richtig beginnen. Während im November die Bundesagentur in Nürnberg ins Fadenkreuz des Protestes genommen wird, sollen am 3. Januar 2005, also mit der geplanten offiziellen Einführung von Hartz IV, bundesweit alle Arbeitsagenturen besetzt werden.

Weiterhin gilt: Hartz IV verhindern!

Christian Zeller

Globales Projekt

Die Welt ist keine Ware– aber wem gehört sie?

Zu den Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung.

Eine Replik auf Robert Kurz

Die Begriffe Aneignung und gesellschaftliche Aneignung sind seit einiger Zeit wieder Gegenstand emanzipatorischer Diskussionen und Auseinandersetzungen geworden. Vor allem Menschen in libertärsozialistischen und autonomen Zusammenhängen sowie in Bewegungsansätzen jenseits der klassischen Linken erkennen in der Perspektive der Aneignung Chancen, das Kräfteverhältnis zu verbessern und eine offensivere Gangart einzuschlagen. Robert Kurz benennt in seinem polemischen Artikel (jW vom 5. und 6. August) zu Recht wichtige Defizite der aktuellen Debatte über gesellschaftliche Aneignung. Dennoch ist seine Kritik steril. Robert Kurz bringt kein Verständnis dafür auf, wie politische Auseinandersetzungen, die an Alltagsproblemen entbrennen, eine radikalisierende Dynamik erlangen können.

In meiner Replik gehe ich auf drei Aspekte ein, die zentral für die Entwicklung einer antikapitalistischen Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung sind. Erstens benenne ich den Kontext der globalen Enteignungsökonomie und die Bedeutung der Eigentumsfrage, zweitens skizziere ich die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung im Sinne einer antikapitalistischen Strategie und drittens verbinde ich mit dieser Strategie die Herausforderung einer grundsätzlichen Neuformierung der Linken.

Akkumulation, Eigentum, Klassen

Mit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes hat das mit den transnationalen Konzernen verflochtene Finanz- und Anlagekapital die Steuerung des Akkumulationsprozesses übernommen. Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital mittels Investment- und Pensionsfonds einen Teil der Gewinne in Form von Einkommen aus Börsenplazierungen sowie Einkommen aus Mieten, Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Die Abschöpfung eines Teils des Profits erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate und eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital, was aber gerade aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten nur ungenügend erfolgt. Das Anlagekapital zeichnet sich durch die Neigung aus, der »Öko-nomie« mehr abzuverlangen als diese zu liefern imstande ist. Das äußert sich in der harten Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, den umfassenden Privatisierungen, den Enteignungsmechanismen in den sogenannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen. Die Abschöpfung von Mehrwert und die Ausbeutung der Arbeitenden bleiben dennoch zentral im Akkumu-lationsprozeß und wurden mit wachsender Arbeitsproduktivität gesteigert.

Die herrschenden Klassen nehmen die Eigentumsfrage also sehr ernst. Ganz im Gegensatz dazu ist das Eigentum ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen schlagen einen Bogen um diese zentrale Frage. Das Privateigentum ist ein Pfeiler des Kapitalismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Allerdings drücken das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen in gemeinsamer Arbeit hergestellt wurden. Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses.

Seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Beding-ungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden. Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden. Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen, das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren.

Gleichzeitig haben sich mit der Ausweitung der produktiven Basis von Kapital und Arbeit das Lohnabhängigkeitsverhältnis und die Ausbeutung durch Lohnarbeit ausgedehnt. Diese Proletarisierung schließt alle ein, die in den unterschiedlichsten Konfigurationen und Ausmaßen von Unsicherheit gezwungen sind, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität zu verkaufen. Dazu zählen mehr oder weniger fest angestellte Lohnabhängige ebenso wie prekär Beschäftigte, kleine Selbständige, Scheinselbständige, Ich-AGs und alle Menschen, die von deren Einkommen leben. Robert Kurz rät, sich vom Klassenkampf zu verabschieden. Gewiß können nicht alle Kämpfe gegen die Herrschaft und Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft auf den reinen Klassenkampf reduziert werden. Aber wer, wenn nicht die – zwar heterogene – Klasse der Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern, soll Trägerin gesellschaftlicher Aneignungsprozesse und letztlich der Aufhebung der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln sein?

Vom Widerstand zur Perspektive

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein antikapitalistischer Bruch zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung der wichtigsten Ressourcen.

Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Herausforderungen. »Gesundheit ist keine Ware«, sagt das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, das seine Dienste nicht mehr warenförmig anbietet? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Privatisierungen sind mit einer Verteidigung der obrigkeitsstaatlichen Kontrolle kaum zu verhindern. Aber welche Vorschläge zielen in die Richtung einer gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die Benutzer? Diese Fragen zu stellen, heißt, die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln grundsätzlich neu aufzuwerfen.

Der Widerstand gegen Privatisierungen muß offensiv geführt werden. Gegen die betriebswirtschaftliche Effizienz ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die Nutzer wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das bisherige Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung. Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Gratiseinrichtungen basieren auf einem Verständnis von »gleichen Rechten für alle«. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. »Umsonst-Kampagnen« können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im Kleinen durchsetzen. Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat.

Die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Konflikte. Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen, europaweiten Arbeitszeitverkürzung verbunden, wie Winfried Wolf in der jW vom 10. August aufgezeigt hat. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der Aneignung der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar die Frage nach der Neuorganisierung der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung und Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden stellen uns vor die Herausforderung der gesellschaftlichen Aneignung der strategischen Produktionsmittel.

Bislang obliegt es den Unternehmen, die Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Entscheidungen liegen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Profiterwartungen zugrunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, daß die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheiden einer Gesellschaft erfolgt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn sich die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und Bürger die Kontrolle der Unternehmen und Konzerne sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchsetzen könnten. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt.

Jede emanzipatorische Perspektive muß sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie lassen sich die europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen.

Für das öffentliche Eigentum sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer oder sogar globaler Ebene denkbar. Je nach Bedürfnissen, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften sind Dienstleistungen und die Produktion besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Ohne gesellschaftliche Planung ist das nicht möglich. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozeß: erstens der Debatte der Bürger über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcen; zweitens der Debatte der Produzenten, die darüber befinden, wie die großen Entscheide

umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Neuformierung der Linken

Selbstverständlich läßt sich eine emanzipatorische Perspektive nicht auf die Eigentumsfrage reduzieren. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert noch nichts an den Ausbeutungsverhältnissen, und die Warenform bleibt erhalten. Andererseits wird der Begriff der Aneignung oftmals in einem verharmlosenden Sinn aufgegriffen. Das kritisiert Robert Kurz zu Recht. Die Aneignung von Konsumgütern, Kultur und Dienstleistungen durch soziale Bewegungen sowie die »Umsonst-Kampagnen«, die sich oft auf ein radikalisiertes Szene-milieu konzentrieren, können zwar Anknüpfungspunkte bieten, aber eine emanzipatorische antikapitalistische Perspektive ist damit noch nicht formuliert. Hierin liegt zweifellos eine Schwäche der Aneignungspraxis, wie sie zum Beispiel in der Zeitschrift Arranca! oder auch bei ATTAC diskutiert wird.

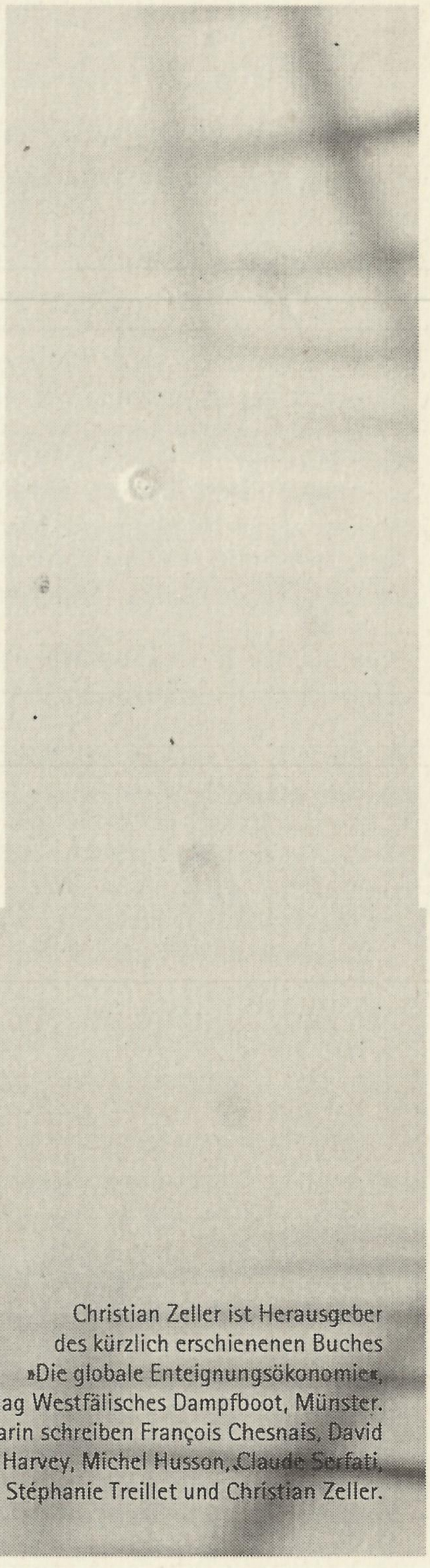
Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung ist in den Rahmen einer antikapitalistischen Übergangsstrategie zu setzen. Es braucht den Aufbau eigener Strukturen, von Gegenmacht und schließlich einer gesellschaftlichen Hege-monie. Tatsächlich haben sich im Laufe von Kämpfen Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, 1969 in Italien, 1974 in Portugal, 1980/81 in Polen und 2002/03 in Argentinien). Eine umfassende gesellschaftliche Aneignung und letztlich Transformation der Gesellschaft ist im Rahmen der bürgerlichen Institutionen aber nicht möglich. Letztlich geht die konsequente Infragestellung des Privateigentums mit der Infragestellung des bürgerlichen Staatsapparates einher. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form neuer Staat-lichkeit generiert.

Die Strategie der gesellschaftlichen Aneignung stützt sich auf die Selbstaktivität der Menschen. Sie soll Dynamiken auslösen, die den Lohnabhängigen ermöglichen, sich als ein selbständig politisch handelndes Subjekt zu erfahren und einzugreifen. Eine derartige Übergangsstrategie hilft, sich Kontrolle und damit Teile der Macht anzueignen – im Kleinen gewissermaßen das Große vorzubereiten. Es geht nicht bloß um den Inhalt der Forderung selbst, sondern darum, politische Prozesse und Organisationsformen zu befördern, die das Kräfteverhältnis verändern und zu gemeinsamen Lernprozessen ermuntern. Nur abstrakt und scheinradikal nach der Abschaffung der Warenform zu rufen, wie das Robert Kurz tut, bietet in dieser Hinsicht wenig Anknüpfungspunkte.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnete Phase der Arbeiterbewegung, die durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen geprägt wurde, ist abgelaufen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich in Modernisierungsinstrumente der kapitalistischen Herrschaft transformiert und die Organisationen, die aus der klassischen kommunistischen Bewegung stammen, sind aufgrund ihrer unverarbeiteten Geschichte nicht glaubwürdig für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive. Die Zeit des klassischen Reformismus ist aber auch vorbei, weil die Spielräume für eine reformistische Politik so klein geworden sind, daß auch die Durchsetzung kleiner Reformschritte bereits die Machtfrage aufwirft.

Nun geht es darum, einen komplizierten und langanhaltenden Konstituierungsprozeß einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen voranzutreiben. Damit ist die Perspektive eines neuen politischen und sozialen Bürgerrechts verbunden, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in einem bestimmten Territorium lebenden Menschen beinhaltet. Dazu gehört auch das Recht auf gesellschaftlich sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit sowie auf ein Mindesteinkommen, das ein würdevolles Leben ermöglicht.

Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratische gesellschaftliche Kontrolle. Die Vorschläge zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie und eines Bür-gerrechts. Die gesellschaftliche Aneignung damit, daß Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Wider-sprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. In ihrer Dynamik tragen sie zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung sowie der Konkurrenz überwindet und in letzter Konsequenz auch die Warenform perspektivisch in Frage stellt. Damit werden Alltagskämpfe verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt einer sozialistischen Alternative, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. ❑



Christian Zeller ist Herausgeber des kürzlich erschienenen Buches »Die globale Enteignungsökonomie«, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster. Darin schreiben François Chesnais, David Harvey, Michel Husson, Claude Serfati, Stéphanie Treillet und Christian Zeller.

Nachgerechnet

Rückblickende Anmerkungen zur Entschädigung der Zwangsarbeitskräfte. Von Thomas Kuczynski

180 Milliarden Mark (über 90 Milliarden Euro) – auf diesen Betrag schätzte ich in einem Anfang November 1999 vorgelegten Gutachten, was den ehemaligen Zwangsarbeitskräften an vorenthaltenen Löhnen nachzuzahlen sei. (1) Das Gutachten hatte ich im Auftrag der in Bremen ansässigen Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts für die Rechtsanwälte Ed Fagan und Michael Witti verfasst. Die Stiftung beriet zu jener Zeit eine Gruppe von Anwälten in historischen Fragen, vor allem bei deren »Bemühungen um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit, Vermögensenteignungen und ›Arisierungen‹ durch deutsche Unternehmen und Behörden zur Zeit der NS-Diktatur«. (2)

Der Ausgangspunkt des Gutachtens war im Grunde der gleiche wie der von Hans Frankenthal, der als KZ-Häftling den Aufbau des Buna-Werkes der IG Farben in Auschwitz überlebt hatte. Er hatte als Grundforderung bei allen Entschädigungsverhandlungen in Sachen Zwangsarbeit formuliert: »Den ehemaligen Sklavenarbeitern steht zumindest der bis heute nicht ausbezahlte Arbeitslohn zu.« (3) Zumindest, denn bei einer so formulierten Forderung wird von all dem abgesehen, was nach bürgerlichem Recht als Schmerzensgeld bezeichnet wird und im Bürgerlichen Gesetzbuch so verankert ist: »Im Falle der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit sowie im Falle der Freiheitsentziehung kann der Verletzte auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangen« (Paragraf 847, Ziff. 1 BGB).

Die von Frankenthal formulierte Mindestforderung ist einleuchtend und ihre Basis so einfach, dass sie all jenen, die Löhne oder Gehälter empfangen bzw. zahlen müssen, verständlich sein sollte: Was die Zwangsarbeitskräfte damals zu wenig bekommen haben, muss ihnen jetzt nachgezahlt werden. So hatte es auch der Jurist Burkhard Heß 1996 formuliert: » (...) maßgebend ist der Lohn, den ein deutscher Arbeiter an der Stelle des ausländischen Zwangsarbeiters verdient hätte.« (4)

Die im Gutachten zu untersuchende Frage war also, wie viel ihnen damals vorenthalten worden war und wie viel sie demzufolge nachgezahlt bekommen müssten. Dabei konnte es nicht darum gehen, für konkrete Einzelfälle auszurechnen, was und wie viel nachzuzahlen sei, es ging um einen Gesamtbetrag, der aus den wirtschaftlichen Resultaten der geleisteten Zwangsarbeit abzuleiten war. Diese Resultate wurden während des Zweiten Weltkriegs erzielt, und ihre Berechnung hatte daher unabhängig davon zu erfolgen, ob die Opfer zum Zeitpunkt der Abgabe des Gutachtens (November 1999) noch am Leben waren oder nicht. Um die Höhe der Forderung zu bestimmen, war der aktuelle Wert des so ermittelten Betrags festzustellen.

Ein solches Herangehen setzt voraus, Zwangsarbeit als justiziable, von Tätern begangene Straftat zu qualifizieren. Diese Sichtweise ist in der Literatur bis heute umstritten. (5) Insbesondere die deutsche Industrie hat sie stets scharf bekämpft, getreu der Schlusserklärung des Angeklagten Friedrich Flick in Nürnberg 1947: »Nichts wird uns davon überzeugen, dass wir Kriegsverbrecher sind.« (6)

Historische Realität

Gleichgültig, ob nun 180,5 Milliarden Mark, wie im Gutachten geschätzt, oder, wie nunmehr nachgerechnet, 228 Milliarden – die Differenz zu dem Betrag, der schließlich ausgehandelt worden ist, nämlich 8,1 Milliarden, ist zu groß, um fraglos hingenommen zu werden. Da das Ausgezahlte nur 4,5 Prozent bzw. 3,5 Prozent vom Verlangten ausmacht, kann von einer Differenz eigentlich nicht die Rede sein.

Wer meint, es lägen Welten zwischen den Beträgen, hat nicht Unrecht. Oberflächlich und summarisch betrachtet, handelt es sich um deren fünf. Erstens die Welt der Toten. Den Schätzungen von Spoerer und Fleischhacker zufolge gab es insgesamt 13,48 Millionen Zwangsarbeitskräfte, von denen Mitte 2000 nur noch jede fünfte (2,7 Millionen) am Leben war. (7) Unbeschadet der Differenz von 10 Prozent (statt mit 15, rechnen sie mit 13,5 Millionen), folgt hieraus: Wer die Toten ausschließt, reduziert den Betrag von 228 Milliarden auf ein Fünftel, auf 45,6 Milliarden Mark.

Zweitens die Welt der Kriegsgefangenen. Wer den Kriegsgefangenen jede Entschädigung verweigert, schließt von den rund 2,7 Millionen Überlebenden 370 000 Personen aus und reduziert damit den Betrag von 45,6 auf nicht einmal 40 Milliarden Mark. (8) Drittens die Welt der Land-, Kommunal- und Hausarbeitskräfte. Da von den zivilen Zwangsarbeitskräften nur etwa 7,6 der insgesamt 14,3 Millionen Arbeitsjahre in der Industrie abgeleistet wurden, (9) schließt, wer (außer den Lagerhäftlingen) nur mit den von der Industrie »eingesetzten« rechnet, von den noch verbliebenen 2,3 Millionen Überlebenden fast die Hälfte aus und reduziert den Betrag von 39,3 auf knapp 21 Milliarden Mark.

Viertens die Welt der Gleichheit. Wer von den verbliebenen 1,3 Millionen Überlebenden nur den rund 130 000 überlebenden Lagerhäftlingen (10) den vollen Entschädigungsbetrag von 15 000 Mark zubilligt, dem »Rest« aber höchstens ein Drittel davon, reduziert den Gesamtbetrag von rund 21 Milliarden nochmals um 60 Prozent auf 8,4 Milliarden Mark. Fünftens die Welt der Statistik. Wer meint, dass die Gesamtsumme weder mehr noch weniger als zehn Milliarden betragen darf, in dieser Summe jedoch alle eventuell noch einklagbaren Schulden und Verbindlichkeiten vereinigt und zudem einen Zukunftsfonds finanziert sehen will, senkt die verbliebenen 8,4 auf 8,1 Milliarden Mark.

Aber diese Auflistung belegt nur den Realitätsgehalt der Schätzung. Warum diese Welten dazwischen stehen, dazu sagt sie nichts, im Gegenteil. In den Punkten eins bis vier wird vorausgesetzt, was bei den Verhandlungen nie gegeben war, dass nämlich die historische Realität in den vorgebrachten Forderungen und Erwiderungen irgendeine Rolle gespielt habe. In den ihnen aufgezwungenen Verhandlungen operierten die Vertreter der schließlich zur Zahlung Verpflichteten, der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft, gemäß ihrer über Jahrzehnte geübten Maxime »so wenig wie möglich«. Da konnten historisch fundierte Daten nur stören. Das Angebot lautete denn auch: Eine Milliarde zahlen die privaten Unternehmen und eine Milliarde die öffentliche Hand. (11)

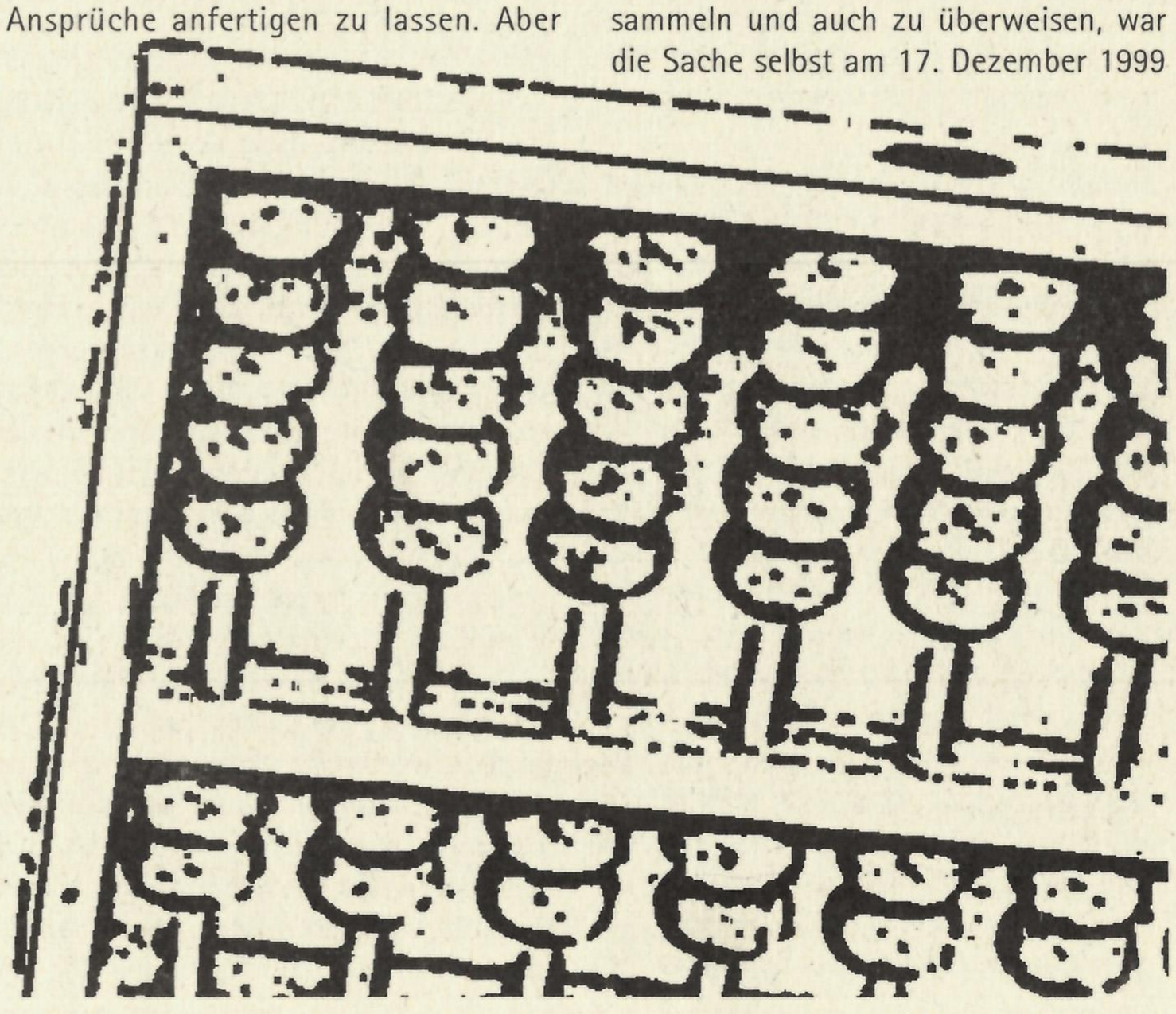
Die Vertreter der Gegenseite handelten zwar nach der umgekehrten Maxime, »so viel wie möglich«, aber auch diese bezog sich nicht auf die historische Realität der Zwangsarbeit, sondern – wie ebenfalls über Jahrzehnte geübt – auf jenes Parallelogramm der Kräfte, das sich ergibt, wenn versucht wird, das Gesamtverhältnis von Druck und Gegendruck auf den Feldern der Ökonomie und Politik sowie des Rechts und der Ideologie durchzukalkulieren. Die höchste Forderung, zu deren Nennung sich die Gegenseite entschloss, war wohl 80 Milliarden Mark. (12)

Ende August 1999 legte der faktisch als Vermittler zwischen den widerstreitenden Parteien agierende Chefunterhändler der USA, Stuart Eizenstat, damals zugleich Staatssekretär für Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft im Außenministerium, in Geheimverhandlungen jene Zahl vor, zu der er später meinte: »Mir schien, dass die Opferseite aus psychologischen Gründen einen zweistelligen DM-Milliardenbetrag benötigte, dass es aber die kleinstmögliche zweistellige Zahl sein musste, wenn wir überhaupt die Chance haben wollten, die Deutschen so weit nach oben zu treiben. (13) Von ihm ausgesprochen, waren »die zehn Milliarden«, von denen später in der Öffentlichkeit so viel die Rede war, als entscheidendes Verhandlungsziel gesetzt.

Allerdings blieb die Zahl zunächst geheim und war zu diesem Zeitpunkt von keiner der mit- und gegeneinander verhandelnden Seiten akzeptiert. Wohl deshalb hatten die Anwälte Fagan und Witti die Idee, sich ein Gutachten über die aus den Quellen belegbaren Ansprüche anfertigen zu lassen. Aber ernst genommen hatten sie ihre Idee offenbar selber nicht: Drei Tage vor Erhalt des ihnen zum 1. November avisierten Gutachtens reduzierten sie »plötzlich und unerwartet« ihre bis dahin vorgebrachte Forderung von 28 Milliarden Dollar auf weniger als die Hälfte, auf 12,5 Milliarden (damals etwa 25 Milliarden Mark). (14) Der Gutachter schloss seine Arbeit termingemäß ab und hielt drei Tage nach Abgabe fest, er habe zwar nicht umsonst gearbeitet, aber vergebens – vergebens, weil die ehemaligen Zwangsarbeitskräfte nichts von seinem Gutachten haben würden.

Die von Eizenstat in die Verhandlungen eingebrachte Zahl, »die« zehn Milliarden, war in der Tat hervorragend gewählt, gerade weil alle Beteiligten ihr nur unter größten Bedenken zustimmen und bei dann doch erfolgter Zustimmung ihr Gesicht wahren konnten. Überdies ließ sich hinsichtlich der Aufteilung der vorgegebenen Gesamtsumme trefflich weiter darüber streiten, wer wie viel zu zahlen bzw. zu bekommen hätte, obwohl die Sache selbst im Grundsatz längst erledigt war.

Obgleich es noch viele Monate dauerte, bis die mit- und gegeneinander verhandelnden Gruppen den Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen gewonnen bzw. verloren hatten, das Stiftungsgesetz verabschiedet war, der Bundestag die nunmehr auch seines Erachtens erreichte Rechtssicherheit verkündet und die Stiftungsinitiative sich dazu bequemt hatte, die ausgehandelten Summen einzusammeln und auch zu überweisen, war die Sache selbst am 17. Dezember 1999



mit dem Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der USA und dem Bundeskanzler der BRD vom Grundsatz her erledigt.
Den Zahlungspflichtigen waren »die« zehn Milliarden natürlich viel zu viel und den Zahlungsempfängern viel zu wenig; die einen sprachen von einem »amerikanischen Diktat«, und die andern von einer »letzten Beleidigung«. Doch am Ende unterschrieben alle; wer nicht unterschrieb, blieb außen vor – bekam als Opfer nichts und hatte als Firma nichts zu zahlen. Ein merkwürdiges Abkommen – warum ließen sich seine Unterzeichner darauf ein?

Die deutsche Wirtschaft

Sicherlich haben sich einige wenige Mitglieder der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft ehrlichen Herzens dafür eingesetzt, dass ehemalige Zwangsarbeitskräfte eine Entschädigung für den ihnen vorenthaltenen Lohn erhalten; vielleicht sind es sogar ein paar mehr als jene »Kollegen«, die sich in der Nazizeit für eine menschliche Behandlung der damaligen Zwangsarbeitskräfte verwendet und auch einige vor dem sicheren Tode gerettet haben. Von diesen rühmlichen Ausnahmen soll hier nicht die Rede sein, vielmehr von dem regelhaften Verhalten der großen Masse.
Die große Masse der Firmeneigentümer in Deutschland, einschließlich der Aktionäre, war weder an den Verhandlungen beteiligt noch trat sie der Stiftungsinitiative bei. Sie war nicht etwa uninteressiert gewesen, ganz im Gegenteil – sie blockte ab und zahlte nichts. Es war geradezu grotesk, wie die damaligen Chefs von Deutscher Bank und Daimler-Chrysler namens der Stiftungsinitiative bei ihren »Kollegen« darum bettelten, sie möchten doch durch Einzahlung von einem Tausendstel ihres Jahresumsatzes der Stiftung beitreten, um auf diese Weise »das Ansehen Deutschlands und der deutschen Wirtschaft in der Welt zu stärken und zugleich einen dauerhaften Rechtsfrieden zu schaffen«. (15)
Selbst dieser geringfügige Betrag war der deutschen Privatwirtschaft zunächst noch zu hoch, weshalb der Chef der »Stiftungsinitiative«, Manfred Gentz, zwischenzeitlich verlangte, dass die von deutschen Staatsunternehmen gezahlten Beträge nicht dem Anteil des Staates, sondern dem der Wirtschaft zugerechnet werden sollten. Als Privatunternehmer wollte man so billig wie möglich davonkommen.
Nach den Angaben von Susanne-Sophia Spiliotis, der Haushistorikerin der Stiftungsinitiative, brachten die 17 Gründungsunternehmen über 60 Prozent des von der Wirtschaft zu zahlenden Betrags auf, (16) die etwa 6 500 bis Ende 2001 beigetretenen Firmen (17) knapp 40 Prozent und die zigtausend nicht beigetretenen selbstredend nichts. Auf 5,1 Milliarden umgerechnet, zahlte also jedes Gründungsunternehmen im Durchschnitt 180 Millionen und jedes später beigetretene rund 300 000 Mark.
Spiliotis machte auf einen weiteren Aspekt der Rechnung aufmerksam: Der Anteil von Industrie und Dienstleistungen am Gesamtaufkommen der Stiftungsinitiative betrug 67 Prozent, der der Finanzwirtschaft 32 Prozent. Nicht zu Unrecht sah die Historikerin hierin »ein Indiz für die ökonomische Bedeutung der Kredit- und Assekuranzunternehmen (...) und zugleich für deren Reaktion auf das Bedrohungspotential, dem sie in den USA vielfältiger ausgesetzt waren als die Industrie«. (18)
In der Tat befanden sich die Gründungsmitglieder der Stiftungsinitiative in einer selbst verschuldeten Zwickmühle. Mussten sie selber streng darauf achten, dass der Beitritt zur Stiftung auf freiwilliger Basis erfolgte, so sahen die meisten der anderen Unternehmen gar keinen Anlass, der Stiftung beizutreten. Zwar hatten auch sie bzw. ihre Rechtsvorgänger während des Krieges von den Zwangsarbeitskräften profitiert, aber ihnen stand keinerlei »Bedrohungspotenzial aus den USA« gegenüber, weil sie bloß auf dem deutschen Markt agierten. Gerade die vielen tausend kleinen Firmen, die Kommunalbetriebe usw., die während des Krieges Hunderttausende Zwangsarbeitskräfte »eingesetzt« hatten, konnten in aller Seelenruhe und mit unverdienter Häme den »großen Brüdern« zuschauen, wie die sich im Interesse ihres global business um ihre Rechtssicherheit sorgen mussten. Für diese Rechtssicherheit, und nur für sie, waren die global players aus der Neu-BRD und ihre Regierung bereit zu zahlen, notfalls auch an ehemalige Zwangsarbeitskräfte.

Die Anspruchsberechtigten

Ein ganz wesentlicher Ausgangspunkt der Verhandlungen, und das darf nicht vergessen werden, waren die von ehemaligen Zwangsarbeitskräften vor den Gerichten in den USA eingereichten Sammelklagen gegen deutsche Firmen. Es handelte sich um den deutschen Ableger der Ford Motor Co., die Ford Werke Köln, um Degussa und Siemens sowie Krupp, Henkel, Audi, Daimler-Benz, Volkswagen, BMW und andere. (19) Alle diese Firmen wären von deutschen Gerichten niemals zu irgendeiner Entschädigungszahlung verurteilt worden. Daher der zuweilen blanke Hass deutscher Wirtschafts- und Regierungsvertreter gegenüber ihren Verhandlungspartnern aus den USA und das Reden von einem »amerikanischen Diktat«. (20)
Aber, und dieser ganz entscheidende Gesichtspunkt wird zuweilen übersehen, (21) die erfolgreiche Fortführung der Sammelklagen hätte zwar vielleicht höhere Zahlungen der betroffenen Firmen zur Folge gehabt, jene jedoch, die in vielen kleinen, teilweise gar nicht mehr existierenden deutschen Firmen hatten schuften müssen, wären ohne das schließlich unterzeichnete Abkommen gänzlich ohne Entschädigung geblieben.
In dieser Entscheidungssituation standen die Vertreter der ehemaligen Zwangsarbeitskräfte bzw. deren Anwälte vor der Unterzeichnung jenes Abkommens, das den Opfern einen Bruchteil dessen, was ihnen zustand, zusicherte. Zwar ist Lothar Evers zuzustimmen, wenn er seiner rückblickenden Betrachtung den Titel »Verhandlungen konnte man das eigentlich nicht nennen ...« gab, (22) und den von ihm vermittelten Eindruck, dass die Überlebenden in den Verhandlungen faktisch »zu Bitt- und Antragstellern, zum Objekt einer ›moralischen‹ Verantwortung, die als rechtliche Selbstentpflichtung daherkommt«, (23)

degradiert wurden, haben viele bestätigt. Einige betitelten den ganzen Vorgang zurecht als »das deutsche Entschädigungsdiktat« (24), aber sie selbst haben sich dieses Diktat aufzwingen lassen und damit zugelassen, dass einige Gruppen von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen wurden. Das ist eine bittere Wahrheit, aber es ist die Wahrheit. Auf zwei Aspekte dieses Versagens ist hier gesondert einzugehen.

Als ein wesentlicher methodischer Ausgangspunkt wurde im Gutachten formuliert: »Die Entschädigungsansprüche werden also aus den wirtschaftlichen Resultaten der geleisteten Zwangsarbeit abgeleitet, und zwar unabhängig davon, ob die Anspruchsberechtigten heute, im November 1999, noch am Leben sind oder nicht. Ein anderes Herangehen würde die Zahlungspflichtigen aus der Verantwortung gerade denen gegenüber entlassen, die nicht zuletzt wegen der ihnen während ihrer Zwangsarbeitszeit in Deutschland zugefügten physischen und psychischen Schäden inzwischen verstorben sind oder gar schon während dieser Zeit umgekommen waren.« (25)

Zum Auszahlungsmodus wurde im Gutachten folgender Vorschlag unterbreitet: »Ein sehr großer Prozentsatz der Anspruchsberechtigten ist zwischenzeitlich verstorben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass durch Zwangsarbeit ›erwirtschaftete‹ Einnahmen und Gewinne prinzipiell als Hehlergewinne zu betrachten und zurückzuzahlen sind. Unseres Erachtens ist diese Seite des Problems nur in der Weise zu lösen, dass die gesamte Entschädigungssumme der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft zur Verfügung gestellt wird. – Aus dem Fonds Erinnerung und Verantwortung werden die unmittelbar Anspruchsberechtigten entschädigt. (...) Dagegen sollten in die Stiftung Erinnerung und Zukunft nur jene Teile der Entschädigungssumme eingebracht werden, die den Anspruchsberechtigten nicht mehr ausgezahlt werden können.« (26)

Überlebende haben die Entschädigungen, die sie erhalten sollten, zurecht als »das Letzte an Beleidigung« (»The Final Insult«) bezeichnet, (27) aber die Toten erhielten nicht einmal eine letzte Beleidigung, sie wurden einfach nicht erwähnt.

Entsolidarisierung

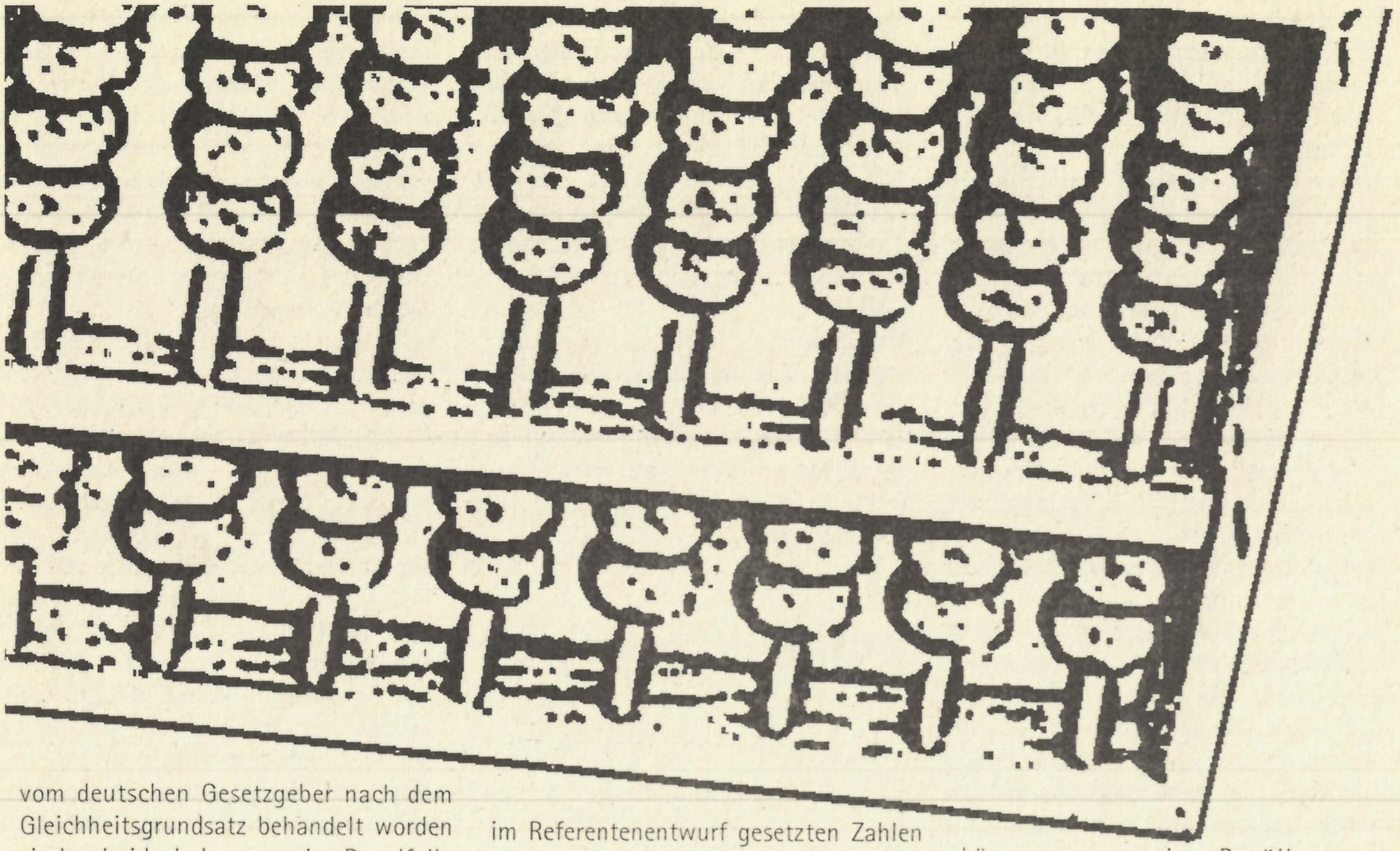
Von ehemaligen Zwangsarbeitskräften konnte das Entschädigung genannte Handgeld, aus den Hehlergewinnen der Verbrecher von einst finanziert und von deren Erben bzw. Rechtsnachfolgern genau durchkalkuliert, sowieso nur nach römischer Art angenommen werden: Non olet – Es stinkt nicht.

Manche haben abgelehnt, einen Antrag auf das Handgeld zu stellen, weil sie die damit zwangsläufig verbundene Anerkennung bundesdeutscher Deutungshoheit nicht ertragen wollen oder können. Anderen, insbesondere in Ost- und Ostmitteleuropa, verschafft es – verbunden mit der leisen Genugtuung, dass die Erben der Verbrecher mit ihnen nicht mehr ganz so verfahren können wie diese vor 60 Jahren und einen verschwindend kleinen Bruchteil ihres Reichtums abtreten müssen – einen etwas erträglicheren Lebensabend, zu dem nicht selten gehört, dass sie das Geld ihren Kindern und Kindeskindern für deren Zukunftsgestaltung geben, sozusagen eine persönlich-individuelle Art von Zukunftsfonds.

Nicht allen Überlebenden ist es vergönnt, ihre persönliche Entscheidung für oder gegen das Handgeld zu treffen, und das Handgeld selbst ist ihnen auch in unterschiedlicher Höhe zudiktiert worden. Diese Unterschiede sind ebenfalls ein Ergebnis der »Verhandlungen«, das nichts mit der historischen Realität der Zwangsarbeit und viel mit den aktuellen Kräfteverhältnissen zu tun hat.

Im Gutachten wurde daher 1999 ausdrücklich formuliert: »Die Einordnung der Anspruchsberechtigten in eine der insgesamt sieben Kategorien bedeutet keine moralische Wertung. Sie basiert vielmehr auf der historischen Tatsache, dass die verschiedenen Gruppen jeweils unterschiedlichen Methoden des Entzugs von Arbeitsentgelt unterlagen und von daher einer gesonderten Analyse bedürfen. Die Begründung für die Abgrenzung der Kategorien voneinander ergibt sich aus den verschiedenen Methoden der Lohnkostenreduktion und Abgabenerhöhung (...) Angesichts des historischen Befundes sei allerdings betont, dass die Kategorien nicht dazu herhalten sollten, unterschiedlich hohe Entschädigungen an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.« (28)

Ein Blick in das Stiftungsgesetz zeigt, dass kriegsgefangene Metallarbeiter und zwangsverpflichtete Kindermädchen



vom deutschen Gesetzgeber nach dem Gleichheitsgrundsatz behandelt worden sind – beide bekommen im Regelfalle nichts. Natürlich hat bei dieser Diskriminierung das Bundesfinanzministerium die Feder geführt, denn alle regierungsamtlichen Entwürfe zum Stiftungsgesetz entstammten, wie auch schon die früheren zum Bundesentschädigungsgesetz, dieser Institution. Allerdings beteiligten sich auch Vertreter der Opferorganisationen an dieser Bettelpfennigrechnerei. So wurden in der »Berliner Erklärung« vom 18. Januar 2000 drei Kategorien von Anspruchsberechtigten unterschieden, (29) die Kategorien A (jene, die Konzentrationslager, Ghetto, Arbeitserziehungslager oder eine andere Haftstätte überlebt und Zwangsarbeit geleistet haben), B (ehemalige Zwangsarbeitskräfte aus den Ländern Mittel- und Osteuropas, die in Deutschland außerhalb der Landwirtschaft und privater Haushalte »eingesetzt« waren, jüdische Zwangsarbeitskräfte außerhalb der Kategorie A sowie sonstige Zwangsarbeitskräfte, die während ihres »Einsatzes« einen dauerhaften Gesundheitsschaden bzw. eine Behinderung erlitten haben) und C (ehemalige Zwangsarbeitskräfte aus den Ländern Mittel- und Osteuropas, die in Deutschland in der Landwirtschaft »eingesetzt« waren).

Weder kamen die Kriegsgefangenen und die sog. hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen in der Erklärung vor noch die zivilen Zwangsarbeitskräfte aus Nord-, West- und Südeuropa. An die Stelle der im Referentenentwurf gesetzten Zahlen waren andere getreten, die mit der ökonomisch-historischen Realität genauso wenig zu tun hatten. Mochte die Zahlung an ehemalige Häftlinge zufälligerweise mit dem tatsächlichen Anspruch übereinstimmen (wie übrigens auch im Referentenentwurf), so entsprach die Absenkung der Zahlungen an zivile Zwangsarbeitskräfte (in der Industrie um zwei Drittel, in der Landwirtschaft um fünf Sechstel) in keiner Weise den zu entschädigenden Verlusten. Ebenso unbegreiflich war, wieso von den sowieso schon niedrigeren Entschädigungen ein höherer Prozentsatz als »Sicherheitsbetrag« einbehalten werden sollte.

Als sich im Laufe der Verhandlungen abzeichnete, dass ihnen keine weiteren nachfolgen würden, brachten die Vertreter der Opfer auch alle anderen Verbrechen (noch einmal) zur Sprache, für die eine Entschädigung einklagbar sein sollte. Infolgedessen wurden insbesondere die Entschädigungen für sog. Arisierungen, nicht ausgezahlte Versicherungspolicen usw. einfach mit den an die ehemaligen Zwangsarbeitskräfte zu zahlenden in einen Topf geworfen, so dass letztgenannte plötzlich nicht mehr zehn, sondern nur noch acht Milliarden Mark erhielten.

Die deutsche Bevölkerung

Die deutschen Konzerne und ihre Regierung hätten niemals mit einer solchen Unverfrorenheit vorgehen können, wenn eine Bevölkerungsmehrheit dieses Landes erklärt hätte: Schluss jetzt mit diesem würdelosen Gezerre auf Kosten der Opfer, die verdammte Industrie soll endlich zahlen. Aber es war eine verschwindende Minderheit, die so dachte und es auch sagte.

Hinsichtlich der Mehrheit der Bevölkerung, die in den alten Bundesländern wohnt, beinhaltet eine solche Feststellung nichts Neues. Sie hätte 50 Jahre lang Zeit gehabt, ihre Regierung und »ihre« Konzerne zu zwingen, anständige Entschädigungen zu zahlen. Das Gegenteil war der Fall, der großen Masse war das Schicksal ehemaliger Zwangsarbeitskräfte völlig gleichgültig. Wer allerdings erwartet hatte, dass das Interesse an dem Thema in den neuen Bundesländern größer wäre, sah sich in dieser Erwartung nicht bestätigt. Im Gegenteil, das Interesse war dort offenbar noch geringer. (30) Diese Tatsache gibt scheinbar all jenen Recht, die vom »verordneten Antifaschismus« in der DDR und vom »braunen Osten« faseln. Sie bedarf jedoch einer nüchternen Analyse, nicht der billigen ideologischen Phrase.

Prinzipiell waren und sind sich die »Brüder und Schwestern« im Osten und Westen in ihrer Sicht auf die Vergangenheit sehr ähnlich. (31) Aber diese Ähnlichkeiten verdecken Unterschiede, die sich wohl in vier Komplexen zusammenfassen lassen und

aus denen sich zu einem erheblichen Teil das in den neuen Bundesländern noch weiter verbreitete Desinteresse ableiten lässt.

Erstens musste sich der Antifaschismus in der Alt-BRD, gerade weil er in der Bevölkerung so wenig verbreitet war, stets aktiv und konkret gegenüber der herrschenden Ideologie der Beschönigung, der Vertuschung und der Gleichgültigkeit behaupten. Dagegen war er in der DDR zwar Staatsideologie, aber eben deshalb wurde der Bevölkerung zumeist kein aktives Engagement abverlangt, und dementsprechend fehlte es auch in der Auseinandersetzung um die Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeitskräfte. Die wenigsten fühlten sich aufgerufen, konkrete Aktionen zu organisieren und an ihnen teilzunehmen. Für zu viele war und ist »Zivilcourage« nach wie vor ein Fremdwort.

Damit im Zusammenhang stand ein zweites Moment: Der Kampf um ein antifaschistisches Bewusstsein wurde in der DDR zwar gepredigt, aber er wurde nicht gelernt. Jene, die sich dort allein aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit der Staatsideologie des Antifaschismus angepasst hatten, taten das nach der »Wende« genauso – nur ist die Staatsideologie der alten wie der neuen BRD nicht die des Antifaschismus.

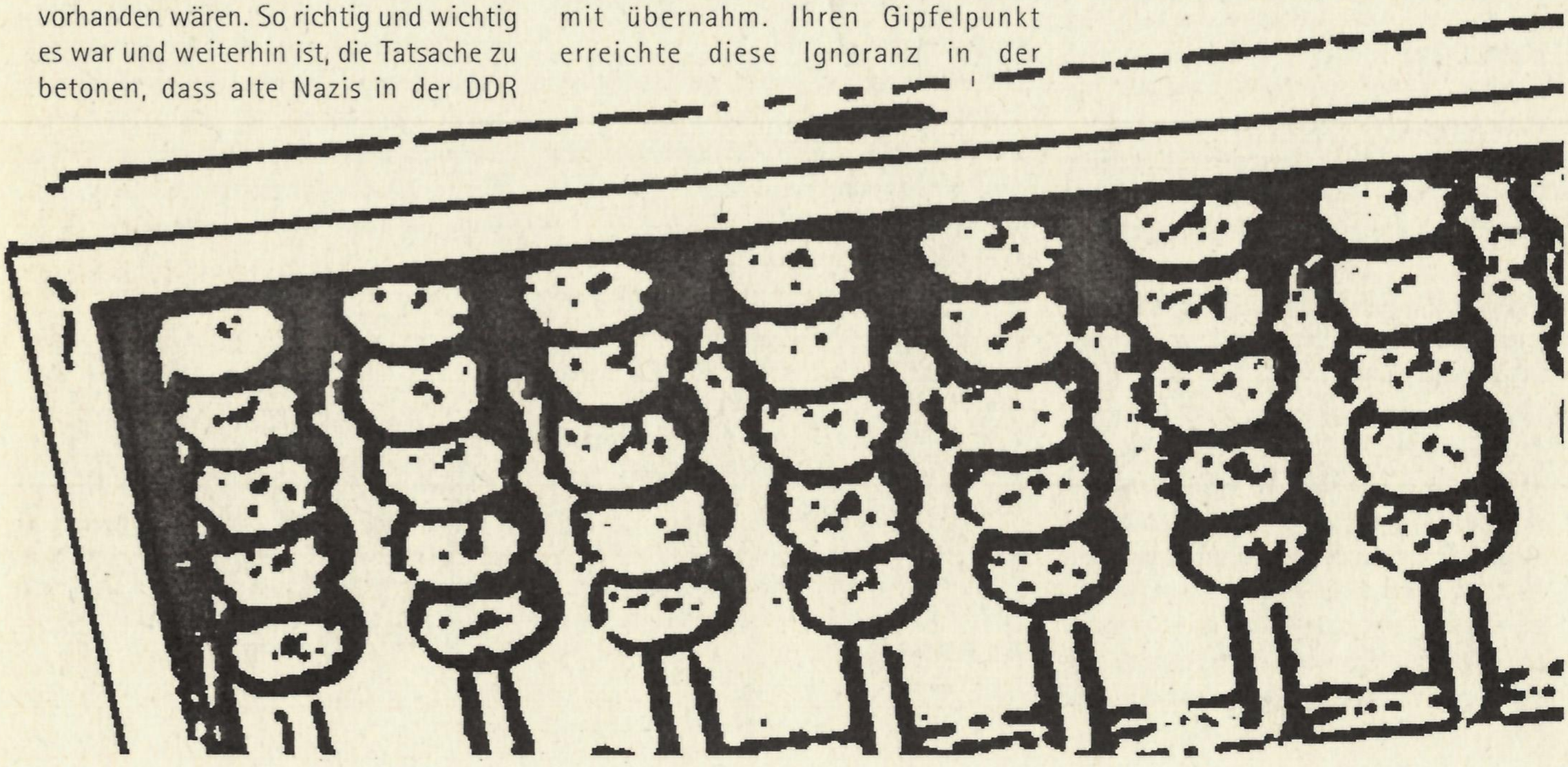
Als drittes Moment wirkte immer noch der einst staatsoffiziell geförderte Irrglaube nach, dass »die« Nazis ja alle »in den Westen gegangen« wären und dort in hohen Positionen säßen, während »bei uns« nur noch die »Sieger der Geschichte« säßen und überhaupt keine Nazis mehr vorhanden wären. So richtig und wichtig es war und weiterhin ist, die Tatsache zu betonen, dass alte Nazis in der DDR keinen Einfluss auf die Staatspolitik erlangen konnten, im Gegensatz zu den Globke, Kiesinger, Maunz usw. in der Alt-BRD, so wenig darf übersehen werden: Gerade weil es den Verantwortlichen in der SBZ/DDR beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darum ging, »die Masse der Mitläufer des Naziregimes zu integrieren und nicht durch die wache Erinnerung an ihre Verbrechen zu verunsichern«, (32) konnten an die Stelle des Kampfes das Lippenbekenntnis und das Gedenktheater treten. Symptomatisch hierfür war, dass der Dokumentarfilm »Der gewöhnliche Faschismus« des sowjetischen Regisseurs Michail Romm nach nur wenigen Aufführungen aus den Filmtheatern der DDR verschwand; er störte ganz offensichtlich das Wunschbild der Herrschenden von »ihren« Mitläufern. (33)

Ein integraler Bestandteil dieses dritten Moments war die immer noch weit verbreitete Ideologie, dass »wir« (»die Ossis«), ja schließlich die Reparationen an die Sowjetunion geleistet hätten und nun (endlich) »die Wessis« dran wären. Abgesehen davon, dass in solchem Reden staatliche Verbindlichkeiten (Reparationen für materielle Kriegszerstörungen) und privatrechtliche Schuldverhältnisse (Entschädigungen für geleistete Zwangsarbeit) in einen Topf geworfen und überdies von der Alt-BRD erbrachte Leistungen völlig in Abrede gestellt wurden, ignorierten die so Argumentierenden beharrlich die Tatsache, dass das »Wir« sich 1990 mit großer Mehrheit dafür entschieden hatte, ohne Wenn und Aber der Alt-BRD beizutreten, also auch deren Schulden mit übernahm. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese Ignoranz in der Argumentation, die »Westfirmen« müssten zahlen, aber doch nicht »unsere im Osten«.

Ein viertes Moment ist die Fremdenfeindlichkeit. Sie ist eine Erscheinungsform des »gewöhnlichen Faschismus«, und in seinem Geiste wird in den an Stammtischen geführten Entschädigungsdebatten entweder gemeint, dass die meisten der ehemaligen Zwangsarbeitskräfte aus Osteuropa stammen, also »sowieso bloß Russen und Polacken« sind, oder aber es wird einfach behauptet, dass das »alles Juden« sind.

Diese vier Momente zusammengenommen betrachtet, ist es kein Wunder, dass an ehemalige Zwangsarbeitskräfte zu leistende Entschädigungen für das Gros der Bevölkerung sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern kein Thema ist oder allenfalls eines, über das in althergebrachter, dem »gewöhnlichen Faschismus« verhafteter Weise am Stammtisch schwadroniert wird.

Einzelne sprachen gegen die Stammtischparolen des »gewöhnlichen Faschismus« und für eine anständige Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeitskräfte, organisierten antifaschistische Aktionen auch auf diesem Feld usw. Sie waren übrigens nicht nur im Parlament aktiv, sondern auch und vor allem in Redaktionsstuben und Betriebsräten, in örtlichen Initiativen und Antifagruppen – leider mit sehr geringem Erfolg, denn das Gros der deutschen Bevölkerung strebte keine Entschädigungszahlung an, sondern einen Schlussstrich. Diese Mehrheit hat sich faktisch durchgesetzt.



Anmerkungen

(1) Thomas Kuczynski: Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im »Dritten Reich« auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne. Das vollständige Gutachten wurde abgedruckt in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Jg. 15, H. 1 (März 2000), S. 15-63.

(2) Zwei Gutachten zur Entschädigungsfrage. Redaktionelle Vorbemerkung, in: 1999, H. 1/2000, S. 12.

(3) Zit. nach Ulrich Sander: Wenigstens den entgangenen Arbeitslohn. In: Neues Deutschland v. 13. Dezember 1999), S. 2. – Zur Biografie des am 22. Dezember 1999 Verstorbenen s. Hans Frankenthal: Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord. FfM. 1999.

(4) Burkhard Heß: Völker- und zivilrechtliche Beurteilung der Entschädigung für Zwangsarbeit vor dem Hintergrund neuerer Entscheidungen deutscher Gerichte. In: Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Rechtliche, historische und politische Aspekte. Hg. v. K. Barwig, G. Saathoff u. N. Weyde. Baden-Baden 1998, S. 69.

(5) Siehe etwa Cornelia Rauh-Kühne: Hitlers Hehler? Unternehmerprofite und Zwangsarbeiterlöhne. In: Historische Zeitschrift, Bd. 275 (2002), H. 1, S. 1-55.

(6) Trial of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10. Vol. VI: The Flick Case. Washington 1949, S. 1187.

(7) Siehe Mark Spoerer, Jochen Fleischhacker: Forced Laborers in Nazi Germany: Categories, Numbers, and Survivors. In: Journal of Interdisciplinary History (Cambridge/Mass.), Jg. 23, H. 2 (Herbst 2002), S.196 u. 202.

(8) Ebenda, S.202.

(9) Nach den Angaben von Herbert: Fremdarbeiter, S. 314, waren im August 1944 von 5,7 Millionen ausländischen »Zivilarbeitern« 2,6 Millionen in der Industrie »eingesetzt«. Dieser Prozentsatz ist für die gesamte Kriegszeit wohl etwas zu niedrig, und daher wird auf die oben gegebene Rechnung in Arbeitsjahren in der Weise zurückgegriffen, dass die Zahl der außerhalb der Landwirtschaft abgeleisteten Arbeitsjahre (8,45 Millionen) um zehn Prozent reduziert wird. Dann wurden rund 7,6 der 14,3 Millionen Arbeitsjahre in der Industrie abgeleistet.

(10) Siehe Spoerer, Fleischhacker: Forced Laborers, S.202.

(11) Siehe Susanne-Sophia Spiliotis: Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. FfM. 2003, S.65.

(12) Ebenda, S. 90. – Eizenstat: Unvollkommene Gerechtigkeit, S. 304, nennt als höchste Forderung die des Anwaltes Mel Weiss – 74 Milliarden Mark.

(13) Eizenstat: Unvollkommene Gerechtigkeit, S. 306.

(14) Siehe die Nachricht in Neues Deutschland v. 29. Oktober 1999), S. 1.

(15) Siehe die Großanzeige »Wir bedanken uns heute bei 2215 Unternehmen« in: Die Zeit vom 25. Mai 2000), S.36f.

(16) Spiliotis: Verantwortung und Rechtsfrieden, S.182.

(17) Spiliotis: Verantwortung und Rechtsfrieden, S.265.

(18) Spiliotis: Verantwortung und Rechtsfrieden, S.183f.

(19) Siehe Libby Adler, Peer Zumbansen: The Forgetfulness of Noblesse: A Critique of the German Foundation Law Compensating Slave and Forced Laborers of the Third. Reich. In: Zwangsarbeit im Dritten Reich: Erinnerung und Verantwortung. Juristische und zeithistorische Betrachtungen. Hg. v. P. Zumbansen. Baden-Baden 2002, S.333-392, hier: S. 341f.

(20) Siehe Eizenstat: Unvollkommene Gerechtigkeit, S.350f.

(21) So auch von Adler, Zumbansen: The Forgetfulness, S.338f.

(22) Siehe Lothar Evers: Verhandlungen konnte man das eigentlich nicht nennen ... In: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Hg. v. U. Winkler, Köln 2000, S. 222-234.

(23) Evers: Verhandlungen, S. 230.

(24) Siehe Ludwik Krasucki, Felix Kolmer: Das deutsche Entschädigungsdiktat. Der Almosenfonds aus Sicht der Überlebenden. In: The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit. Hg.: Gruppe offene Rechnungen. Münster 2003, S. 115ff.

(25) Kuczynski: Entschädigungsansprüche, S. 17.

(26) Ebenda.

(27) Siehe den Vermerk im Impressum von The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit. Hg.: Gruppe offene Rechnungen. Münster 2003. Der Titel geht auf einen Kommentar von Rudy Kennedy zum Abschluss der so genannten Entschädigungsverhandlungen zurück.

(28) Siehe Kuczynski: Entschädigungsansprüche, S. 18.

(29) Siehe: Wir brauchen die 10 Milliarden Mark. Berliner Erklärung der Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung. In: Neues Deutschland v. 19. Januar 2000), S. 2. Siehe auch Thomas Kuczynski: Wider das Auseinanderdividieren der Opfer. In: Ossietzky), Jg. 3, H. 2 (29. Januar 2000), S. 49-51.

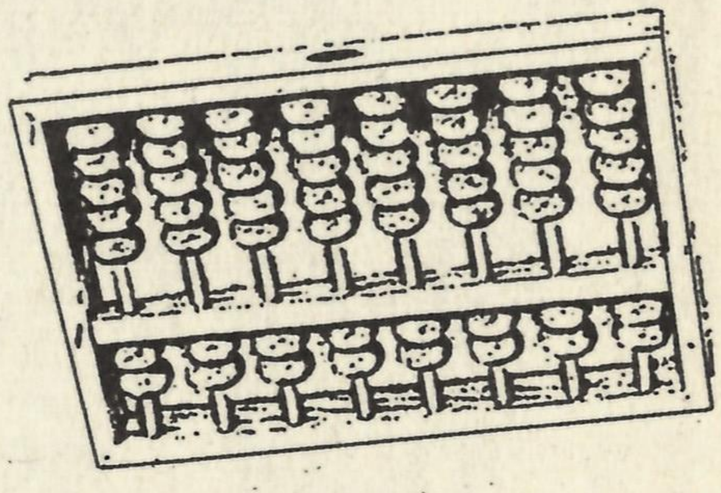
(30) Ich wurde ab November 1999 zu zwei Dutzend Diskussionsveranstaltungen eingeladen; davon fand die eine Hälfte in Berlin statt (Ost und West etwa gleich verteilt), die andere Hälfte in den alten Bundesländern und keine einzige in den neuen.

(31) Siehe Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. FfM 2002, insbesondere S. 162ff.

(32) So Werner Röhr in seinem Aufsatz »Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze«, in Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Edition Organon, Berlin 2001, Heft 16, S. 55.

(33) Siehe auch Reuter, Hansel: Das kurze Leben, S. 412ff.

Die Auszüge dieses Vorabdrucks wurden mit freundlicher Genehmigung des Verlags entnommen aus: Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte. Verbrecher Verlag, Berlin 2004, 208 Seiten, 13 Euro. Das Buch erscheint am 7. September.



Aufgepasst und zugefasst!!

Gebt den Nazis die CDs zurück - Stück für Stück

An die SchülerInnen der Oldenburger Schulen,
Wie wir erfahren haben, planen die Nazis in nächster Zeit eine bundesweite Propaganda-Offensive an den Schulen. Im Rahmen dieser Aktionen soll auch eine CD ("Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund") kostenlos an SchülerInnen verteilt werden. Dadurch sollen die SchülerInnen an faschistisches Gedankengut herangeführt werden und für die menschenverachtende Propaganda der Nazis zugänglich gemacht werden.
Dass Rassismus und Antisemitismus in Deutschland alles andere als "Rebellion" gegen die Herrschenden ist, wie es die Nazis glauben machen wollen, zeigt schon die Tatsache, dass weder Polizei noch Behörden diese Naziaktionen zu verhindern gedenken bzw. nur recht zurückhaltend darauf reagieren.
Wir fordern euch deshalb auf, offensiv einzugreifen, wenn ihr an oder vor eurer Schule die Verbreitung faschistischer Propaganda, wie z.B. das Verteilen der oben genannten CD, beobachtet. Übernehmt das Material und lasst die Nazis rennen!!

KEIN FUßBREIT DEN FASCHISTEN!

★ **Politik-AG der HLS** ★

„EZLN: 20 + 10 – das Feuer und das Wort“ - Buchvorstellung und Fotoausstellung

Man muss viel lachen, um die Welt zu verändern

Gloria Muñoz Ramírez berichtet von zehn Jahren des zapatistischen Aufstandes

Wie wohl nur wenige Außenstehende kennt die mexikanische Autorin Gloria Muñoz Ramírez die zapatistische Bewegung in Chiapas/Mexico. Sieben Jahre hat sie in den autonomen indigenen Gemeinschaften gelebt und die Entwicklung der Bewegung vor Ort verfolgt. In dieser Zeit entstand ihr Buch **„EZLN: 20 + 10 – das Feuer und das Wort“**, das jetzt auf Deutsch erscheint. Es bietet den bisher vollständigsten Überblick über das öffentliche Wirken der zapatistischen Bewegung. Auf ihrer Reise durch Europa wird Gloria Muñoz Ramírez ihr Buch auch in Oldenburg vorstellen.

Zehn Jahre ist es her, seit in Mexiko der Aufstand losbrach. Mit der Parole „Ya basta! – es ist genug!“ erklärten Indígenas im Südosten Mexikos am 1. Januar 1994 der Regierung den Krieg. Die Indigenen (indianische Bevölkerung) haben in Mexiko lange ein Dasein am Rande der Gesellschaft geführt, sie waren „sin rostro“ – ohne Gesicht –, das heißt, sie wurden nicht wahrgenommen, ausgebeutet und ausgeschlossen. Ihr Aufstand war und ist deshalb kein Ausbruch willkürlicher Gewalt, vielmehr Notwehr und eine kreative Form „nein“ zur Unterdrückung zu sagen, um neue Wege der Selbstverwaltung zu beschreiten. Eine Rebellion, die ihre Stärke nicht aus ihren Waffen bezieht.

Zehn Jahre danach ist es an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen. In Europa gibt es viele Menschen und Gruppen, die sich von den Zapatistas in Mexiko inspirieren lassen und sich mit ihnen solidarisieren, auch weil dort versucht wird, Herrschaft abzubauen und Basisdemokratie konkret zu leben.

Montag, 11. Oktober 19:30 Uhr
Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3

Eine Veranstaltung der *gruppe basta oldenburg*
mit freundlicher Unterstützung des AStA der C.v.O.-Universität.

---

zur Einstimmung zeigen wir aufgrund der großen Nachfrage nochmals:

Zapatistas - Chronik einer Rebellion

Doku, Mexiko 2003, 120 min OmU

„Ein bislang einmaliges Dokument, das in bewegenden Bildern die Geschichte dieser außergewöhnlichen Bewegung aufzeigt.“
Luther Blisset, The Long Distance Call

Dienstag, 05. Oktober, 20 Uhr, Alhambra-Saal

diese woche super katzen-starschnitt

hier ausschneiden und zusammenkleben

zum basteln!

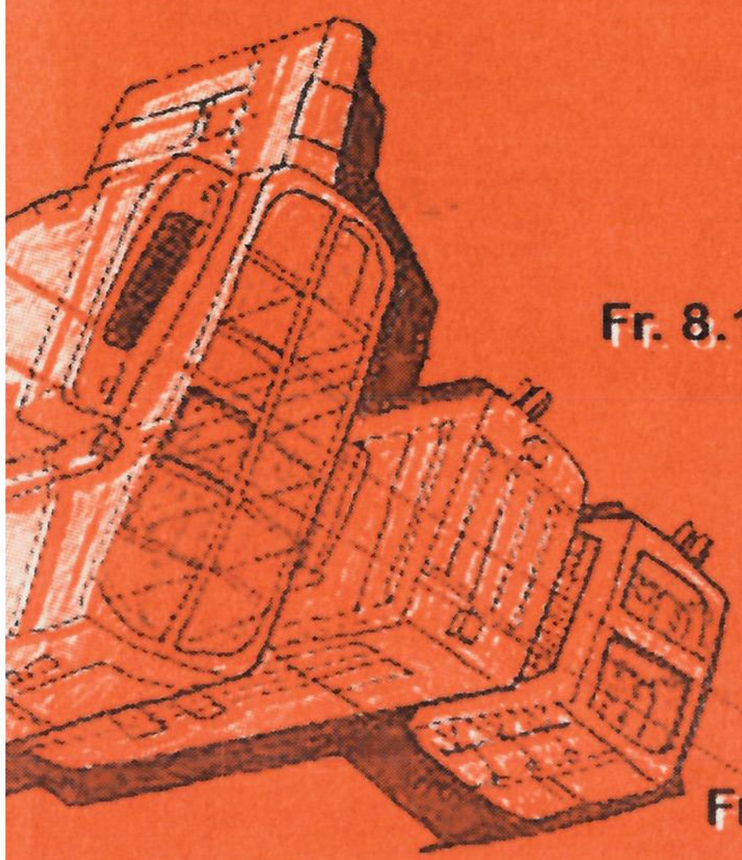
zum sammeln!

zum liebhaben!

hier kleberand

jede woche neu! katzen für alle!

ihr glaubt
doch wohl nicht,
dass wir jetzt monatelang
katzenteile abdrucken... die
fehlenden teile erhaltet ihr gegen
eisendung einer tafel schokolade bei der redax.



OKTOBER

Sa. 2.10. 22:00 Homophilias
Di. 5.10. 20:30 Film: Zapatistas - Chronik einer Rebellion
Fr. 8.10. 22:00 Sputnikparty: Dva Samoleta (2 Flugzeuge aus St. Petersburg)
+ Rau (aus´m Moor) mehr..
Sa. 9.10. 22:00 FrauenLesben Disco
Do. 14.10. 22:00 Semester-Anfangs-Party
Fr. 15.10. 21:00 Grandma`s Jump Festival
Sa. 16.10. 22:00 Männerfabrik
Do. 21.10 22:00 Party der Fachschaft Sachunterricht
Fr. 22.10. 21:00 Konzert mit Claudia Kuper, anschließend 'Russendisko'
Sa. 23.10. 22:00 Dance Open Minded (Lust e.V.)
So. 24.10. 20:00 RedRedRed-Konzert: Paperbacks (Kanada) + The Am Thawn + Clint
Di. 26.10. 21:00 Crush Hour Concerts: Motorama
Do. 28.10. 22:00 Halloween-Party der Fachschaft Anglistik
Fr. 29.10. 21:00 Metal-Konzert: Gorezone + Paeymia + Disawoved + 2 Special Guests
Sa. 30.10. 22:00 Rosa Disco

NOVEMBER

Do. 4.11. 22:00 Party der Fachschaft Interkulti und der Gruppe Basta
Fr.. 5.11. 22:00 Reggae Corner
Sa. 6.11. 22:00 Lesbischwule Halloween-Party

Mo. 18:00 Archiv **Mo.** 18:00 Crush Hour Concerts **Mo.** 20:30 Antifa - Cafe **Do.** 17:00 Jugendcafe "Kaluppe"
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis "Swimmy" **Do.** 19:00 Vokü, danach Kneipe **Do.** 21:00 Oldenburger Rechtshilfe
1. **Mi.** 20:00 Frauenlesben Kneipe 2. **Do.** 20:00 Politische Werkstatt 2. **Fr.** 20:30 NutzerInnenplenum